

Der gesellschaftliche Stau

von Franz Schandl

Dialektik des Kapitalismus bedeutet, daß er konstruktive wie destruktive Züge aufweist. Unzweifelhaft positiv sind die Potenz zu Demokratie und Rechtsstaat, zu sozialer Fürsorge und Mobilität. In den westlichen Zentren dominierten bisher durchaus die progressiven Momente. Mehr Recht bedeutete mehr Rechte, mehr Sozialstaat wirklich Wohlstand, mehr Spitäler mehr Gesundheit. Damit ist es nun vorbei, aber nicht nur, weil das alles aktuell nicht mehr leistbar und administrierbar ist, sondern weil die Instrumentarien sich generell erschöpfen. Inzwischen ist hier eine gesellschaftliche, d.h. eine strukturell bedingte institutionelle Krise eingetreten. Es geht nichts mehr so wie vorher, die gängigen Muster greifen nicht.

Solange die Konstruktivitäten den Destruktivitäten überwogen, bestand objektiv kein Grund, an einer Zukunft des Kapitalismus zu zweifeln. Solange war seine Mission zivilisatorisch gewesen. Akkumulation und Wachstum haben viele menschliche Probleme gelöst, nun freilich schaffen sie mehr als sie lösen. Die kapitalistische Modernisierung bedroht die kulturelle Substanz.

Es ist so die „negative Dialektik“ (Adorno), die das System heute immer deutlicher kennzeichnet. Die menschlichen Potenzen wandeln sich wider dem menschlichen Willen gegen die Menschen. Die menschlichen Geschicke obsiegen ihre Kreatoren, gestalten sie als Kreaturen subjektloser Herrschaft. Der Fortschritt verunmöglicht den Fortschritt, schlägt um in Regression. Der Versuch der Zivilisation führt immer mehr in die Heimsuchung.

Wir sind längst an einem Wendepunkt angelangt, wo etwa das Recht in immer weniger gesellschaftlichen Bereichen greift, Massenproduktion und Massenkonsum die ökologischen Gefährdungspotentiale laufend erhöhen, der Sozialstaat an der strukturellen Finanzkrise des Staates zerbröckelt und die Mobilität im Stau

stecken geblieben ist. Der Müll verdeutlicht die Grenzen des kapitalistischen Konsums, der Stau verdeutlicht die Grenzen der kapitalistischen Mobilität, die Bürokratie verdeutlicht die Grenzen der kapitalistischen Demokratie. Je höher die kapitalistische Drehzahl (traditionell gesprochen: Umlaufzeit und Umschlagszeit des Kapitals), desto mehr heult der Motor; er läuft heiß. Je flotter es dahingeht, desto mehr machen schlapp.

Der Staat wird gerade durch äußeren Auflagen und interne Konkurrenzen, seine ihm notwendigen Aufblähungen und Vervielfachungen, kontraproduktiv. Der Bürokratismus ist nur die Kehrseite der Demokratie, er ist ihr nicht entgegengesetzt - wie gemeinhin angenommen - sondern ihr fortlaufender, sie überwuchernder Ausdruck, ihre immanente Hinzusetzung. Demokratie und Bürokratie sind nicht gegeneinander ausspielbar, sondern vielmehr einander verpflichtet. Demokratie ohne Bürokratie ist nicht!

Stau meint, daß zuviel zugleich zuort ist. Die spezifische Kontingentierungen des Daseins - seien es Menschen, Geräte oder Müll - kollidieren in ihrer Zeit-Raum Achse. Je schneller es geht, desto langsamer wird es. Die Dimensionierungen scheitern an ihrer Struktur, sie befinden sich nicht einmal mehr annähernd in einem gesellschaftlichen Gleichgewicht. Der Stau ist aber keine „meditative Streikform der reflexiven Moderne“, wie Ulrich Beck mutmaßt. Dieses Innehalten und Blockieren ist kein bewußtes oder absichtliches, sondern es entsteht zwangsläufig aus sich selbst, ist Folge einer inneren und blinden Logik.

Stau meint also weiters die Verunglückung des kapitalistischen Komparativs. Unter der Gesetzlichkeit des Kapitals folgt freilich bloß der nächste Anlauf zu einem neuen Komparativ. Zu viele Autos bedeuten hier zu wenig Straßen, also bauen wir bessere, breitere, schnellere, um noch

mehr Autos anzuziehen. Selbst in der Luft staut es sich schon, Flüge innerhalb Europas dauern länger, obwohl die Geschwindigkeit der Maschinen erhöht wurde. Kapitalistische und menschliche Vernunft entkoppeln sich. Ähnliche Beispiele ließen sich in jedem der angesprochenen Bereiche aufzählen.

Kapitalistische Konkurrenz demonstriert nicht nur betriebswirtschaftliche Sparsamkeit, sie bedeutet auch ungeheure Verschwendung menschlicher und natürlicher Ressourcen. Die Reibungsverluste an Zeit und Tätigkeit werden größer, betrachtet man sie von der stofflichen, nicht von der monetären Seite her. Sie fördern weiters Intransparenz und Langsamkeit. Die Anstrengungen für einen gesellschaftlichen Nutzen vervielfachen sich. Vom Ziel her betrachtet sind die tatsächlichen Aufwendungen als überproportional anzusehen.

Die gesellschaftliche Entwicklung paßt immer weniger zu den vorgefundenen Institutionen und ihren Gesetzmäßigkeiten. Der Prozeß der Desynchronisierung schreitet hurtig voran. Ob Recht, ob Geld, ob Politik, ob Staat, nichts funktioniert mehr in der vorgegebenen Weise. Stellt sich also die Frage, ob diese Formprinzipien grundlegend reformiert und mit anderen Inhalten gefüllt werden können, oder ob die menschliche Kommunikation nicht über sie hinwegschreiten muß. Fragt sich nur wie. In beiden Fällen.

Was wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen beobachten, ist das Aneinanderprallen von gesellschaftlicher Entwicklung und historischem Rahmen. Form und Inhalt kollidieren. Die permanente Effektivierung staatlicher, rechtlicher wie monetärer Formen der Kommunikation zeitigt ihr Gegenteil. Konstruktivität auf kapitalistischer Basis ist in ökologische und soziale Destruktivität umgeschlagen. Unumkehrbar. Das ist der Punkt, an dem wir stehen. Aber nicht stehen bleiben können. □

Wie es weitergeht

ZWEITE ERKLÄRUNG ZUM „LINKEN DIALOG“

von Christoph Adam, Hannes Hofbauer, Peter Oberdammer, Franz Schandl,

Günter Schneider, Peter Schuck, Andreas Spörl, Maria Wölflingseder und Robert Zöchling

Um es böse zu sagen: Die „Linke Dialog-Konferenz“ vom 8. bis 10. Dezember 1995 an der TU Wien hat großteils eingelöst, was wir von ihr befürchtet haben. Sie bot kaum Gelegenheit zur Darstellung theoretischer, wie auch immer „linker“, Positionen und Entwicklungsstränge, und sie war auch nicht das identitätsstiftende und repräsentative „Event“, als das sie vom vorbereitenden „Dialog-Komitee“ gewünscht worden war.

Durch die Brille der Ausdauer betrachtet: Sie könnte ein erster Schritt zu einem breiten und tiefen „linken Dialog“ sein. Immer noch halten wir die Bemühung um eine koordinierte „linke“ Debatte für notwendig und sind wir bereit, an einer solchen nach Maßgabe unserer Möglichkeiten teilzunehmen - auch wenn sie sich nicht immer zu unserer Zufriedenheit gestaltet.

Aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres müssen jedoch Konsequenzen gezogen werden, soll der „linke Dialog“ irgend eine Chance auf Fortführung haben:

- Die Vorbereitung jedweder weiterer Dialog-Veranstaltungen muß von einer unzweideutigen Entschlossenheit zu theoretischer Auseinandersetzung getragen sein. Nicht Repräsentation, Proklamation, Identitätsstiftung und Gruppenbildung, sondern Präsentation und Diskussion des theoretischen Zustands der „Linken“ sind anzustreben.
- Die für den Dialog interessanten Beiträge und Beitragenden sind nicht nach ihrer Zugehörigkeit zu irgendwelchen Organisationszusammenhängen oder „Zirkeln“ zu beurteilen, sondern danach, ob sie an irgend ernstzunehmender, grundsätzlicher Kritik der entwickelten, „modernen“, das bedeutet kapitalistischen Gesellschaft arbeiten oder arbeiten wollen.
- Die künftig ins Auge zu fassenden Veranstaltungsformen müssen nach dem ausschließlichen Kriterium ihrer Eignung für solcherart Auseinandersetzung gestaltet werden, nicht nach dem Kriterium eines ohnehin zweifelhaften Effektes gegenüber irgend einem Massenpublikum. Selbstverständlich sollen alle Dialog-Veranstaltungen für alle Interessierten offen, das heißt öffentlich sein; ein gewisses Maß an Interesse wird man

jedoch wenn nicht verlangen so doch in der Konzeption voraussetzen müssen, sollen diese Veranstaltungen auch theoretische und praktische Fortschritte erbringen.

- Solche oder auch nur Ansätze dazu hat die Großveranstaltung im vergangenen Jahr unserer Einschätzung nach aus den genannten Gründen nicht gebracht. Das bedeutet, daß noch eine ungeschmälerte Menge an theoretischen Anstrengungen vor uns liegt, wenn wir uns vornehmen, ernstzunehmende Gesellschaftskritik sowie Formen und Mittel praktischer Opposition zu rekonstruieren. Diese werden nicht vorwiegend durch eine Koordinationsgruppe geleistet werden können, sondern sie sind den interessierten Gruppen und Personen zur Aufgabe gestellt: Wir alle sind dazu aufgefordert, unsere theoretischen Grundlagen zu formulieren, zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Erst auf dieser Basis wird der Dialog fruchtbar sein.

- Nicht die Verteidigung von Gruppeninteressen und die Darstellung von Persönlichkeiten sind gefragt, sondern die Darstellung und Diskussion inhaltlicher Positionen. Die Erarbeitung theoretischer Grundlagen und die Findung geeigneter Austragungsformen läge allerdings auch im wohlverstandenen Interesse der beteiligten Gruppen und Personen: Die gegenwärtige Lage der „Linken“ ist nicht nur deshalb in jeder Hinsicht prekär, weil ihr von der „Rechten“ hart zugesetzt wird, sondern auch deshalb, weil sie dem rechten „Mainstream“ nicht allzu viel entgegenzusetzen hat. Weitenteils erschöpft sich die „Linke“ darin, der gegenwärtigen destruktiven Dynamik des Kapitalismus seine konstruktive Ideologie als Korrektiv vorzuschlagen, was zwar nicht schlechthin abzulehnen ist, aber immer häufiger fehlschlägt. Wir meinen, daß das Fehlschlagen dieser Taktik nicht bloß auf die Gedankenlosigkeit von Politikern und Wahlvolk oder eine vorübergehend schlechte Konjunkturlage zurückzuführen ist, sondern auf eine grundlegende und andauernde (Selbst)destruktionsbewegung von Kapitalismus und bürgerlichem Staat. Die Aufgabe der „Linken“ sehen wir nicht darin, dieser faktischen „Dekonstruktion“ eine (bloße) Rekonstruktion der ideologischen und politi-

schen Konstrukte des bürgerlichen Zeitalters entgegenzuhalten. In diesem erblindenden Spiegel wird sich schon die Gegenwart bald nicht mehr erkennen; Ausblicke auf die Zukunft können wir durch dieses Medium erst recht nicht gewinnen. Eine „Linke“, die sich weiterhin bedenkenlos solchen Spiegelfechtereien hingibt, wird ihre Bestandsgrundlagen verspielen, politisch überflüssig und vollends mittellos werden - sie wird allenfalls als private Nostalgieveranstaltung eine Nischenexistenz finden.

- Wir meinen, daß für das gesellschaftliche Wiederaufleben der „Linken“, ihrer Gruppierungen und Akteure eine Erneuerung und Radikalisierung der Kritik als Kritik der negativen Vergesellschaftung im Kapitalismus, das ist an der produktiven Grundlage der Kritik der Warenform, notwendig ist. Eine emanzipatorische Praxis wird sich künftig ebenfalls als praktische Kritik der kapitalistischen Vergesellschaftung in ihrer Totalität konstituieren müssen; das umso vehementer, je deutlicher sie als partikuläre Interessenvertretungs- und Marktnischen-Praxis im sich zuerst an seinen Rändern zersetzenden Kapitalismus jegliche gesellschaftliche Relevanz verlieren und allenfalls noch als Privatissimum Bestand haben wird. Wir bestreiten damit nicht generell taktische Erwägungen und Konzepte, die sich weiterhin auch positiv auf Markt und Staat, Politik und Massenmedien beziehen; uns ist durchaus klar, daß auch auf diesen Ebenen Handlungsfähigkeit gefordert sein kann. Wir verlangen aber, die objektiven Grenzen dieser Vorhaben zu erkennen und somit diese aktuellen Erfordernisse nicht zu allgemeinen, unüberwindlichen Grundlagen allen Denkens und Handelns zu erheben, sondern als besondere, überwindliche Grundlagen des kapitalistischen Zeitalters zu begreifen, zu kritisieren und an tauglichen Überwindungspraktiken zu arbeiten. Wir treten dafür ein, den gegenwärtigen Primat der Taktik durch einen Primat der Theorie zu ersetzen, diese nicht als schmückende Extravaganz oder als bloßes Legitimationsrepertoire zu begreifen, sondern als unabdingbare Quelle gesellschaftlicher Bedeutung und Handlungsfähigkeit, die „die Linke“ künftig haben wird.

Berginhalte statt Plattformen

ZWÖLF THESEN ZU LAGE UND PERSPEKTIVE DER ÖSTERREICHISCHEN LINKEN

von Franz Schandl

1.

Die österreichische Linke ist theorielos. Sie liest zu wenig, sie weiß zu wenig, sie denkt zu wenig. Sie ist nicht kopflastig und praxisfern, sie ist bauchlastig und praktizistisch. Gleich den Grünen dominiert auch hier der moralische Praktizismus das Engagement der Verbliebenen. Sie ist - und das zeigen auch viele Papiere des Dialogs - befangen in bürgerlichen Kategorien, die wider die bürgerliche Realität beschworen werden. Das mag einmal up to date gewesen sein, heute wirkt es hilflos, lächerlich und vor allem stocklangweilig. Von der Demokratisierung bis zu den ArbeitnehmerInnen jagt ein falscher Begriff den nächsten. Die größte Gefahr scheint heute darin zu liegen, daß sich hier ein linkssozialdemokratisches Projekt der biedereren Sorte ankündigt. Es geht also überhaupt nicht darum, die letzten Aufhänger als Veteranen und Meldereiter für eine bessere Zukunft zu versammeln, gemeinsam die Wunden lecken und die Schlechtigkeit der Welt beklagen. Wenn die alte neue Linke nicht transformiert werden kann, dann stirbt sie unweigerlich ab.

2.

Ein falscher Konsens ist Nonsense. Wir sind in einer Phase, wo inhaltlich alles offen ist. Was an traditionellen Vorstellungen Bestand hat, muß sich erst in seiner Güte beweisen. Es gibt keine unumstrittenen Essentials, und niemand sollte so tun, als sei ein tragfähiger gemeinsamer Bodensatz vorhanden. Den gilt es erst zu erarbeiten. Wer sich zusammensetzt, muß sich freilich auch auseinandersetzen. Es geht also nicht an, Differenzen in Besänftigungen und Beteuerungen zu ersticken, Inhalte in gewohnter Manier auf den faden kleinsten gemeinsamen Nenner herunterzubringen. Es kann also auch nicht ausgeschlossen werden, daß wir nicht miteinander können, oder daß wir nicht alle miteinander können, auch wenn das selbstverständlich nicht das vorgegebene Ziel ist.

3.

Eines der Grundmißverständnisse linker Theorie war die metaphysische Trennung von Form

und Inhalt. Diese führte dazu, daß die Form als quasi wesenslose Hülle erscheinen mußte, die mit beliebigen Inhalten auszufüllen sei. Das affirmative wie leere Verständnis von Politik, Recht, Demokratie oder Staat ist Ausdruck dieser Haltung. Diese Begriffe wurden nicht als bürgerliche Realkategorien erkannt, sondern als beliebig verwendbar den wildesten Definitionen und Kombinationen zugeführt. So entstanden Unbegriffe wie sozialistische Demokratie, Arbeiterstaat oder revolutionäre Politik. In der Ontologisierung bürgerlicher Werte und Termini stand die organisierte Linke dem Bürgertum in nichts nach.

4.

Wir sehen es heute nicht mehr als unsere primäre Aufgabe an, eine andere Politik, mehr Demokratie, mehr Sozial- oder Rechtsstaat einzufordern. Uns geht es vielmehr gerade um das Aufzeigen der objektiven Begrenztheit dieser Instrumentarien, um eine Kritik dieser immanenten, d.h. letztlich bürgerlichen Formprinzipien des Gesellschaftssystems. Demokratie und Freiheit, Recht und Politik selbst stehen zur Disposition, müssen in die Gesellschaftskritik als allgemeine Grundlagen, nicht bloß als spezifische Ausformungen miteinbezogen werden. Sie dürfen nicht nur als affirmative Werte eingeklagt und eingemahnt werden. Dies unterstellt ihnen nämlich Lösungskapazitäten, die wir mehr als anzweifeln. Die Formprinzipien des bürgerlichen Zeitalters können nicht beliebig gedreht, gewendet und interpretiert werden.

5.

Der Widerspruch Lohnarbeit-Kapital, der immer bloß ein kapitalimmanenter gewesen ist, ist nicht mehr dazu angetan, Theorie und Praxis zu leiten. Daraus aber einen gänzlichen Verzicht auf eine Leitlinie abzuleiten, wäre verkehrt. Heute gilt es, alles an der Wertkategorie zu dechiffrieren, den Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkraftentwicklung, zwischen den materiellen Möglichkeiten der Menschen und den verwertbaren Möglichkeiten des Kapitals, zentral zu thematisieren.

6.

Es geht auch nicht an, sich prinzipiell gegen die laufende Modernisierung zu stellen, es gilt vielmehr auch ihre progressiven Tendenzen und deren kapitalistische Fesseln aufzuzeigen. Jene ist in ihrer Gesamtheit zu sehen, nicht nur anhand ihrer negativen Erscheinungen. Vor allem gilt es die antikapitalistische Potenz des Kapitalismus zu problematisieren. Der Kapitalismus ist jedenfalls antikapitalistischer als die Linke.

7.

Von der Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners ist zu einer emanzipatorischen Kommunikation des größten gemeinsamen Zählers überzugehen. Sozialistisches Eingreifen hat sich nicht zu dividieren, sondern zu potenzieren. Das kann nur gehen, indem alle gesellschaftlichen Probleme a priori und a posteriori in eine farbenreiche, esoterische wie exoterische, alles umfassende Gesellschaftskritik einmünden, die vor allem nicht aus taktischen Gründen entradikalisiert, sondern jene im Gegenteil theoretisch und argumentativ zuspitzt. Es darf jedenfalls nicht der kurze Weg der Plattformen gegangen werden. Berginhalte statt Plattformen wollen wir, was meint, daß es gilt, linke Theorie und Begrifflichkeit auf die Höhe ihrer Zeit zu bringen anstatt sich in faden und nichtssagenden Beschwörungsformeln zu ergehen.

8.

Wir plädieren für eine Radikalisierung, nicht für eine Rabiatisierung der Linken. Kompromißlosigkeit und Zuspitzung sind in der Theorie gefordert, nicht jedoch in der Praxis. Letztere wird in vielen Bereichen sogar äußerst behutsam und moderat sein müssen. Als Richtschnur mag gelten: Am Ziel festzuhalten, ohne das Maß aus den Augen zu verlieren, das den Weg ermöglicht.

9.

Es geht um die Reetablierung einer Gesellschaftskritik, um die gediegene Ausarbeitung einer neuen Theorie, die Aufklärung, Marxismus, Feminismus dialektisch in sich aufhebt, was aber auch heißt, daß sie all deren Beschränkthei-

ten hinter sich zu lassen und auszuschneiden hat. Die Frage ist nur, ob die Linke diesen Paradigmenwechsel schafft, bevor die Rechte in Form mafiotischer Usurpation den Kapitalismus beerbt, d.h. barbaristische Züge gesellschaftlicher Kommunikation auch in den Zentren immer mehr um sich greifen.

10.

Was beim Symposium rauskommen soll? - Nun zumindest eine Bestandsaufnahme der bestehenden Kräfte und Anliegen, als auch die Formulierung einiger kurz- und mittelfristiger Ziele. Dazu wird es notwendig sein, eine arbeitsfähige, d.h. eine mit Kompetenzen ausgestattete Koordinationsgruppe für die Zeit nach dem Symposium zu konstituieren. Als vorrangige Aufgaben erscheinen:

- Organisation und Strukturierung der inhaltlichen Debatte;
- Bestandsaufnahme und Koordinierung interessierter Initiativen (Infopool);
- Erweiterung der Trägerschaft;
- Regelmäßige Seminare zu verschiedensten Themen;
- Finanzielle Absicherung der Aktivitäten;
- Entwicklung formaler Verbindlichkeiten.

Das ist nicht viel, aber es wäre mehr, als wir bisher hatten.

11.

Auf längere Frist gesehen, geht es aber sehr wohl um die Überwindung der bisher bestehenden, zersplitterten und untauglichen Organisationsformen. Die Vielzahl der Grüppchen ist nämlich primär Ausdruck der Zerissenheit, nicht der Vielfalt mannigfacher Inhalte. Das Zirkelwesen ist mehr hinderlich als förderlich. Die Strukturfrage ist nicht durch die Variante des Bündnisses gelöst. Dieses ist bloß eine Zwischenstufe. Diese zu entwickelnde emanzipatorische Kraft kann keine des bloßen Komparativs sein, sie muß wirkliche Alternativen bieten. Will sie nur „mehr“, d.h. „besser“, „linker“, „demokratischer“, „sozialer“ oder „ausländerfreundlicher“ zu sein, dann steht eine breite Palette von SOS bis SPÖ, von Grüne bis KPÖ zur Verfügung.

12.

Das neue Projekt kann freilich nicht unabhängig von der gesellschaftlichen und sozialen Bewegung etabliert werden. Selbst aus einer konstatierten objektiven Notwendigkeit folgt noch keine subjektive Möglichkeit, sehr wohl aber ein Prozeß der subjektiven Ermöglichung. Das Projekt befindet sich gegenwärtig erst im embryonalen Stadium. Soll etwas Gescheites herauskommen, dann ist es weder ratsam, die Geburt vorzeitig einleiten, noch diese ins Unendliche zu verzögern.

Ökologie und Ökonomie im Angesicht von Markt und Politik

von Franz Schandl

1.

ÖKOLOGIE behandelt nichts anderes als die Rationalität des menschlichen Daseins hinsichtlich seiner stofflichen Bedingtheit, deren Form und Inhalt sind ihr Gegenstand. Insofern ist sie sowohl mit der Ökonomie als auch der Biologie aufs engste verbunden, und wer genau hinsieht, der wird den Begriff auch als eine Wortzusammensetzung dieser beiden Disziplinen lesen können.

Die Frage nach der Ökologie ist somit die Frage nach unserer kollektiven stofflichen Existenz. Die Ökologie kann als die Wissenschaft von der stofflichen Grundlage menschlichen Seins verstanden werden. Sie beinhaltet mehr als die Beziehung des Menschen zur Natur, sie kann als Beziehung von Mensch und (Um)Welt beschrieben werden, soweit jene stofflichen Auswirkungen folgt und solche tätigt.

Stoff meint hier die materielle Basis, organisch oder anorganisch, bearbeitet oder unbearbeitet. Die Auslegung der Materie ist die stoffliche Konkretion. Materie ist das Rohe und Allgemeine, aus dem die feingliedrigen stofflichen Besonderungen sich entwickeln. Stoff ist das Zusammenfallen und Auseinanderfallen von Materie. Stoffliche Konkretion und materielle Bewegung sind eins.

Ökologie meint den Stoffwechsel des menschlichen Kollektivs in all seinen Facetten. Dieser aber ist kein primär biologisches oder gattungsmäßiges Problem, sondern ein gesellschaftliches. Mit der Zuspitzung der ökologischen Frage und dem Aufkommen der Ökologiebewegung ist dieser Stoffwechsel erstmals Gegenstand prinzipieller Kritik geworden, richtete sich diese nicht mehr gegen diverse Ausformungen, sondern gegen den Inhalt selbst. So gesehen stellt die Menschheit mit der Zentrierung der Ökologie die Frage nach einer sinnvollen ganzheitlichen Existenz.

2.

Egal, ob wir den Müll oder das Waldsterben betrachten, den Verkehrsinfarkt oder die Bodenverseuchung, in letzter Instanz sind ökonomische Prozesse dafür verantwortlich, daß die Umwelt Schaden nimmt. Genauer noch: Ohne Produktion könnten sie nicht sein. Dort ist der Ort, wo sie geschaffen werden. Die ökonomische Entwicklung bedroht die ökologische Substanz.

Das stoffliche Herkommen ökologischer Probleme ist in der Produktion zu verorten. Was in der Distribution bzw. in der Konsumtion abfällt, wurde dort nur hintransferrt, nicht aber dort geschaffen. Die zentrale Frage ist also: Was bewegt oder veranlaßt die Produktion zur Herstellung problematischer Produkte und Produktionsprozesse, bzw. zur Etablierung unabschätzbarer Produktivkräfte?

Umweltbelastende Produktionsverfahren und Produkte sind die Hauptursache von Umweltschäden. Diese Schäden werden aber nicht willentlich herbeigeführt, sie entstehen gleichsam als „Neben“- und „Folgeprodukt“ industrieller Aktivitäten.

Die Industrie verhält sich also nur so, wie sich die Industrie verhalten muß, will sie Industrie bleiben. Auch wenn dabei die Erde zugrundegeht. Die Betriebe sind bei Strafe des ökonomischen Untergangs angehalten, ihre Kosten möglichst gering zu halten. Betriebswirtschaftlich muß es daher jedem Unternehmen darum gehen, die Selbstkosten zu beschränken und die Folgekosten zu externalisieren. Letztere werden auf die Allgemeinheit oder auf Dritte abgewälzt. Dies ist eine immanente Bedingung kapitalistischen Wirtschaftens.

Die Rentabilität kapitalistischer Produktion bezieht sich auf den Kostpreis ($c+v$) der Ware. Diesen muß sie gering halten, um eben billig produzieren und in der Konkurrenz bestehen zu können. Alles andere ist vorerst exkludiert: innere und äußere Natur, Mensch und Umwelt werden beliebig vernutzt, sind a priori kein Kostenfaktor, schlußendlich nicht einmal dann, wenn sie a posteriori oktroiert werden. „Die kapitalistische Produktion, wenn wir sie im einzelnen betrachten und von dem Prozeß der Zirkulation und den Überwucherungen der Konkurrenz absehen, geht äußerst sparsam um mit der verwirklichten, in Waren vergegenständlichten Arbeit. Dagegen ist sie, weit mehr als jede andre Produktionsweise, eine Vergeuderin an Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn.“ (Marx)

Die bedeutendste historische Folge im Kapitalismus ist die dynamisierte Entwicklung der Produktivkräfte in all ihren Erscheinungen. „Die Produktion für den Wert und den Mehrwert schließt, wie sich dies bei der weiteren Entwick-

lung gezeigt hat, die stets wirkende Tendenz ein, die zur Produktion einer Ware nötige Arbeitszeit, d.h. ihren Wert, unter den jedesmal bestehenden gesellschaftlichen Durchschnitt zu reduzieren. Der Drang zur Reduktion des Kostpreises auf sein Minimum wird der stärkste Hebel der Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die aber hier nur als beständige Steigerung der Produktivkraft des Kapitals erscheint. " Folge davon ist, daß der Kapitalismus somit auch nicht entschleunigt werden kann, ja umgekehrt die Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung ihm immanent ist. Beständiges Ziel ist die Senkung des Kostpreises ($c+v$) und somit des Produktionspreises, der ja nichts anderes ist als die um die Durchschnittsprofiteure bereinigte Summe von Kostpreis und Mehrwert. Der Zwang zur Senkung des Produktionspreises dominiert jedes Produzieren. Der Zwang zur Verkürzung der Umlaufzeit prägt die Zirkulation. Und die Werbung tut für Konsumtion noch das übrige, sodaß die Produkte ja gekauft werden, sich der Wert realisieren läßt.

Die Dynamik kapitalistischen Wirtschaftens ist blind, Politik und Recht können ihr jedoch keine andere Richtung geben. Deren Steuerkapazitäten sind äußerst gering, im Zeitalter der Globalisierung sogar zusehends abnehmend; sie können bremsen, entschärfen, umverteilen, sie sind aber unfähig, andere „Nachhaltigkeiten“ zu schaffen. Die Korrekturen sind als notwendige Entsprechungen, nicht als antagonistische Widersprüche aufzufassen.

Insofern beherbergen Kapital und Markt einen immanenten Fatalismus, an dem jedes andere Wollen zwangsläufig zerschellt, kann die Logik des Werts nicht insgesamt gebrochen werden. Sätze wie „Abfall ist kein Schicksal. Abfall wird gemacht“, gehen in die Irre. Die Wertlogik vorausgesetzt, ist Müll nämlich wirklich eine fatale Folge, ein Schicksal, das eintreten muß. Solche Aussagen übertreiben jedenfalls die Möglichkeiten der in Produktion, Zirkulation und Konsumtion Handelnden. Es wird so getan, als stünden dort freie Entscheidungen auf der Tagesordnung. Nicht zufällig spricht diese Betrachtungsweise dann auch vom „Alptraum Abfall“. Der bürgerlichen Mystifizierung der Ware folgt eine traumatische Sicht der Reststoffe.

Wenn man etwa die Argumentationslinie von Hanswerner Mackwitz, der jahrelang in beratender Funktion bei den deutschen und den österreichischen Grünen tätig gewesen ist, anschaut, dann ist zu erkennen, daß hier pausenlos das Wollen gegen das Handeln, die Absicht gegen die Wirklichkeit ins Treffen geführt wird: „Warum ergreifen Politiker und Manager nicht die historische Chance, sich real und radikal für eine neue Umweltpolitik stark zu machen, für eine Politik, die tausende von Bürgerinitiativen in aller Welt bereits begonnen haben?“, fragt er in ungespielter Ahnungslosigkeit.

3.

Die kapitalistische Produktion dient der Akkumulation von Kapital, der Verwertung des Werts, nicht der Konsumtion, wie die klassische Ökonomie von Smith bis Keynes annahm. Nicht der menschliche Konsum steht also im Mittelpunkt der heutigen Wirtschaft, sondern der kapitalistische Konsum, kurzum Profit genannt. Sie ist primär nicht Produktion um der Konsumtion Willen, auch wenn erst in der Konsumtion die Produkte verwirklicht werden.

Das Gerede vom falschen Konsumverhalten lenkt also die Debatte nur auf falsche Bahnen, sieht die Oberfläche, will aber die Grundlagen des Verhaltens nicht wahrnehmen. Mit Karl Marx gilt es festzuhalten: „Die Produktion produziert die Konsumtion daher, 1. indem sie ihr das Material schafft; 2. indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt; 3. indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt. Sie produziert daher Gegenstand der Konsumtion, Weise der Konsumtion, Trieb der Konsumtion.“ Die menschlichen Bedürfnisse in Form der Konsumgewohnheiten entsprechen in ihrem Durchschnitt der aktuell möglichen Produktion.

Zusehends problematisch ist, daß beim Verkauf einer Ware der Gebrauchswert sich ständig gegenüber dem Tauschwert relativiert. Um den Tauschwert zu realisieren, die Absätze zu sichern, muß das Produkt schnelllebig sein. Die kapitalistische Ware fällt so oft hinter die technischen Möglichkeiten der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung zurück, was wiederum nichts anderes heißt, als daß diese die Grenzen von jener zu sprengen beginnt. Der Gebrauchswert wird aktuell immer mehr zum Verbrauchswert, um den Tauschwert zu retten.

Was für das zirkulierende Warenkapital gilt, gilt aber auch für das fixe Kapital, d.h. die Umwälzung und „der Wechsel der Produktionsmittel und die Notwendigkeit ihres beständigen Ersatzes infolge des moralischen Verschleißes, lange bevor sie physisch ausgelebt sind“ (Marx). Die Umschlagszeit des Kapitals und der moralische Verschleiß der Produktionsmittel kollidieren zusehends. Die Geräte gieren ersetzt zu werden, bevor sie entsprechend genützt worden sind. Kaum gekauft, ist das bessere Nachfolgeprodukt schon auf dem Markt. Die Geräte altern vor der Zeit.

Um den Tauschwert zu realisieren, muß das Produkt aber nicht nur real, sondern auch fiktional schnelllebig sein, d.h. es muß über das Produkt hinaus ein enormer Aufwand getrieben werden. Werbung und Mode suggerieren ein Habenmüssen, das die Qualität des Daseins erst ausmacht.

4.

Die gängige moderne Kritik ist da viel bescheidener. Was sie am meisten stört, sind nicht die

Folgen schlechthin, sondern die Kosten, die sich aus den Produktionsprozessen ergeben. Nur so wird es verständlich, daß der Begriff der Social costs, der Folgekosten, im Zentrum der ökologischen Wirtschaftsdebatte steht.

Stellvertretend für viele sei der deutsche Umweltwissenschaftler Christian Leipert zitiert: „Die Nutzung der Umwelt erfolgt heute immer noch in weiten Bereichen als freies Gut, d.h. kostenlos, oder zu billig, gemessen an dem ökonomischen und ökologischen Wert der in Frage stehenden Ökosystemleistungen.“ Und er folgert: „Natur als freies Gut, das war einmal. Die ökonomische Konzeptbildung und Erfolgsmessung hinkt den neuen Realitäten eklatant hinterher. Ökosystemleistungen sind heute ökologisch knapp, müßten also einen (expliziten oder impliziten) Preis haben. Der Umstand, daß sie in einer Zeit enormen Drucks der Wirtschaft und Gesellschaft auf die Umwelt dennoch in weitem Umfang noch kostenlos oder zu billig in Anspruch genommen werden können, ist dann verantwortlich für die rapide Qualitätsverschlechterung und Degradierung der betreffenden Umweltmedien und Ökosysteme.“

Preis, Geld, Wert und Kosten werden hier als gänzlich systemneutrale Begriffe behandelt. Was wir laut Leipert brauchen, ist eine „neue gesellschaftliche Kostenrechnung, die die systemischen Zusammenhänge zwischen den naturzerstörenden und kostenabwälgenden Bereichen der Gesellschaft und den Betroffenen dieser Kostenverlagerungsprozesse aufdeckt und transparent macht. Mehr Kostenehrlichkeit ist die Voraussetzung für die Anpassung von Kostenrechnungen und Preiskalkulationen, die nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch gesamtgesellschaftlich unter Einbeziehung von Ökologie und Sicherung von Zukunftsfähigkeit stimmen.“

Die marktwirtschaftliche Zauberformel ist also die Verpreisung der Umwelt. Alles soll Ware werden. Aber warum sollte dann weniger verschwendet werden? Die Kost- und Produktionspreise, die dadurch steigen, werden doch umgewälzt. Was sie mehr kosten, werden sie letztendlich die Konsumenten mehr kosten. Für die Produzenten sind sie bloß ein zusätzlicher Verrechnungsaufwand, ökonomisch aber bloß ein Durchlaufposten. Der beabsichtigte Effekt wird so kaum eintreten. Hier handelt es sich um eine Milchmädchenrechnung, die davon ausgeht, daß die Unkosten, die man politisch der Industrie aufzuhalsen vermeint, auch dort getragen und nicht weitergegeben werden.

Meine Kritik an den Folgekosten hakt schon am Begriff selbst ein. Es will uns nämlich betreffend der Kategorisierung nicht in den Kopf, warum die negativen gesellschaftlichen Folgen unbedingt mit dem Kostenbegriff verknüpft werden müssen. Das kleine Wort Kosten für die großen Folgen demonstriert einmal mehr, daß die obligate Ökologiekritik nicht über die Katego-

rien des Werts und der Marktwirtschaft hinausdenkt, in ihnen vielmehr gefangen bleibt.

Die vielfach erhobene Forderung nach einer Kostenwahrheit kann sich an der Realität nur blamieren. Die Kostenwahrheit ist unmöglich einzulösen, da die Folgen zu keinen wirklich aussagekräftigen objektiven Zahlen finden können. Die Empirie der Bemessung muß hier in ihren Schätzungen - denn mehr können sie nicht sein - scheitern. Diese Schätzungen kennen mancherlei Schranken: zeitliche, örtliche, kausale, interdependente, individuelle. Die Wirtschaftswissenschaft steht daher vor Problemen, für die ihr betriebs- und volkswirtschaftliches Instrumentarium nicht geschaffen ist. Jene trotzdem in dieses Korsett zu pressen, führt unweigerlich zu grotesken Ergebnissen.

Ökologische Schäden sind resistent gegen den herrschenden Zahlenfetischismus. Umweltfolgen sind analysierbar, Umweltfolgekosten jedoch nicht berechenbar. Mit den Methoden der Kostenrechnung ist den ökologischen Problemen weder theoretisch noch praktisch beizukommen.

5.

Das Szenario ist also mehr einfach als gedacht. Der miserable Zustand der Umwelt rühre daher, daß Umweltgüter gratis oder zu billig seien. Diese Kosten gelte es über Ökosteuern zu internalisieren, sie zum Bestandteil der Kalkulation zu machen. Naturvernutzung soll einen adäquaten Preis erhalten. „Effizient ist diese Lösung, wenn die Steuer plus den privaten Kosten den sozialen Kosten entsprechen“, meint Thomas Ritt in seiner AK-Studie über „Verteilungswirkungen von Energiesteuern“. „Ökosteuern sollen den marktwirtschaftlichen Preiswettbewerb nicht verzerren, sondern im Gegenteil entzerren“, behauptet der grüne Wirtschaftssprecher van der Bellen. Freilich stellt sich hier immer die Frage, ob denn das alles gelingen kann bzw. wenn etwas gelingt, was damit gewonnen ist.

Ökosteuern gehen von dem Grundsatz aus, daß Umweltschäden meßbar und berechenbar seien. Nichts irriger als das, und nicht nur wegen des Zeitfaktors, der künftige Preise ja kaum seriös definieren läßt. Bezifferbar ist stets das, was verwertbar ist, die Gebrauchswerte an sich sind der Zahlenmetaphysik gänzlich fremd. Als sinnliche Bedürfnisse sind sie qualifizierbar, nicht aber quantifizierbar.

Schon die Konkretisierung der Ökosteuer als Energiesteuer und nicht als Emissionsabgabe verdeutlicht einmal mehr, daß nicht die stofflichen Schädigungen monetarisierbar sind, sondern bloß ihre wert- und marktmäßigen Umsetzungen.

Die Energiesteuer ist indifferent gegenüber der ökologischen und sozialen Sinnfrage. D.h. sie kann in ihrer sachlich-rationalen Sicht Energie und Energie nicht unterscheiden, sie fragt nicht nach konkreter Notwendigkeit und gesellschaft-

lichem Nutzen, sondern richtet sich nach den Kriterien des Absatzes. Was stofflich betrachtet absolut absurd ist, ist vom Standpunkt der Verwertung freilich völlig logisch.

Und noch etwas: Wer gedacht hat, hier käme es gemäß Verursacherprinzip zu relevanten Profitbeschneidungen, liegt völlig daneben. In einer Studie des Umweltministerium über die Energiebesteuerung heißt es dazu ganz deutlich: „Das Modell geht wie alle I-O (Input-Output) Ansätze von einer vollständigen Überwälzung der durch die Energiesteuer hervorgerufenen Kostenenerhöhung aus. Es handelt sich somit um ein striktes „cost-push“-Modell, indem Kostenenerhöhungen voll in die Preise überwälzt werden und der Gewinnaufschlag (mark up) konstant bleiben kann.“

Ökosteuern führen bloß zu monetären Umleitungen, an den ökonomischen Zielvorgaben ändern sie praktisch nichts. Über das Dilemma der Ökosteuer schreibt Robert Kurz: „Diese rein gesetzlichen, für den Staat sogar einkommens-trächtigen Maßnahmen müssen sich jedoch letzten Endes an der Systemlogik erst recht blamieren. Denn zunächst brechen sie sich an der internationalen Konkurrenz. Da der Wirkungsraum des Staates und seiner Gesetze national beschränkt bleibt, die Verliererstaaten auf dem Weltmarkt sich aber an keine internationalen ökologischen Vereinbarungen binden lassen, muß der Weltmarkt die von Ökosteuern hervorgerufene Verteuerung der Produkte mit dem Verlust der Konkurrenzfähigkeit bestrafen und diese Maßnahme somit ökonomisch rasch ad absurdum führen.“

Dagegen wird eingewendet, diese Wirkung könne vermieden werden, wenn der Staat zum Ausgleich für die Ökosteuer die Arbeitskosten (Lohnnebenkosten, Abgaben für Sozialversicherung usw.) senke und auf diese Weise eine vom Marktmechanismus bestrafte Verteuerung der Produkte verhindern würde. Das aber hieße, daß der Staat die Ökosteuer eigentlich selbst bezahlt, weil er ja an anderer Stelle seine Einnahmen mindert und zu finanzierende Maßnahmen subventionieren muß, die bisher anderweitig getragen worden sind.

Vollends zur Milchmädchenrechnung aber wird das ganze Konstrukt, wenn es dann heißt, der Staat könne die Maßnahmen zur Senkung der Arbeitskosten wunderbarerweise aus eben der Ökosteuer finanzieren. Damit führt sich die ganze Argumentation selber ad absurdum, denn die Ökosteuer soll ja eigentlich dazu dienen, daß zur Rettung der Naturgrundlagen der Energieverbrauch drastisch gesenkt wird und die Industrie in energiesparende Maßnahmen investiert, um die Ökosteuer zu sparen. Tut sie dies aber, funktioniert die gesetzliche Maßnahme also, dann wird gerade deswegen die Ökosteuer für den Staat nicht so reichlich fließen, daß er damit die Präventivmaßnahmen zur sozialen und

marktgerechten Flankierungen der Ökosteuer dauerhaft finanzieren kann.“

Kurz zusammengefaßt: Gelingt die Steuerreform ökologisch, dann ist sie ökonomisch gescheitert, gelingt sie ökonomisch, dann ist sie ökologisch gescheitert. Scheitern wird sie auf jeden Fall.

6.

Als konzentrierter Ausdruck dieser Überlegungen muß das Verursacherprinzip gelten. Im Umweltmanifest des „Forums Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz“ aus dem Jahr 1987 heißt es dazu: „Im Sinne der Verantwortungsethik ist jeder Verursacher von Gesundheits- und Ökosystem-Schäden konsequent und im allgemeinsten Sinn zur Verantwortung zu ziehen. Die Beweislast hat der Verursacher zu tragen. Zur Haftung für Umweltschäden ist kein strenger naturwissenschaftlicher Kausalitätsnachweis notwendig. Bei auftretenden Schäden genügt ein wissenschaftlich begründeter Verdacht. Der in Verdacht geratene Verursacher hat seine Unschuld zu beweisen. (...) So müssen etwa die Kosten einer restlosen Schadensbehebung in die Wirtschaftsrechnung der Umweltbeeinträchtiger einbezogen, d. h. „internalisiert“ werden. Die Einbeziehung dieser Kosten in die jeweilige Wirtschaftsrechnung soll bewirken, daß marktwirtschaftliche Kräfte zum Schutz der Umwelt mobilisiert werden.“

Das Verursacherprinzip unterstellt schon vom Ausdruck her, daß die Verursachung eben keine gesellschaftliche Angelegenheit ist, sondern einer individuellen und willkürlichen Veranlassung oder Unterlassung folgt. Auch wenn man das Verursacherprinzip bloß als Denkmöglichkeit anerkennt, verbliebe da immer noch die viel grundlegendere Frage: Was verursacht die Verursacher zum verursachen? Welche Zustände bedingen die inkriminierten Handlungen, welche Umstände erzwingen ein solches Verhalten?

Ursache ist immer nur ein Hilfsbegriff. Eine URSACHE ist ein Faktor, wo andere Faktoren in der Betrachtung von dessen Folgen vernachlässigbar sind. Ursache meint, daß aus ihr etwas folgt, während sie aus nichts folgt. So betrachtet, ist dieser Terminus lediglich begrenzt anwendbar. Die Logik der Verursachung zu Ende denkend, würde dann völlig richtig argumentiert, daß jede Ursache vielfältigste Ursachen kennt. Das Spiel endet dann in einer banal interessenorientierten Schuldzuweisung.

Umweltverschmutzung wird individualisiert anstatt in ihrer gesamtgesellschaftlichen Problematik diskutiert. Ursächliche Gründe festzustellen, erscheint diesem Denkansatz nicht allzu schwierig, sonst könnte er dieses Lösungsmodell ja erst gar nicht vorschlagen. Er unterstellt so in den meisten Fragen die Möglichkeit, jene zu einer Sachfrage zu isolieren, das Problem dingfest zu machen, es nach dem kausalen Prinzip von Ursa-

che und Wirkung auflösen zu können.

Kaum sind die Schäden erkannt, sind die Verursacher auch schon benannt, meinen die Anhänger des Verursacherprinzips. Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus. Aus der nun folgenden Skizze einer Typologie des Verursacherprinzips anhand einer Schaden-Kosten-Schablone sollten einige unsere Einwände recht plausibel ersichtlich sein.

Schädigung	
Erkennbarkeit	nicht erkennbar
Zuordnung	nicht zuordenbar
Messung	nicht meßbar
Monetarisierung	nicht monetarisierbar
Internalisierung	Externalisierung

Skizze: Typologie des Verursacherprinzips anhand einer Schadens-Kosten-Schablone

Aus dieser Typologie geht deutlich hervor, wie schwierig es selbst bei einer gutwilligen Interpretation sein wird, Schädiger dingfest zu machen, geschweige denn ihrer Moneten habhaft zu werden. Die Schädigung muß objektiv erfolgen, sie muß subjektiv auffallen und als solche erkennbar sein, sie muß weiters zuordenbar sein, meßbar, monetarisierbar und zahlbar.

Und selbst wenn alle Kriterien erfüllt sind und die Internalisierung gelungen erscheint, ist wiederum bloß mit einer neuerlichen Externalisierung zu rechnen. Wenn aber auch nur ein Kriterium nicht positiv bewältigt werden kann, bricht das ganze Luftschloß des Verursacherprinzips in sich zusammen. Die allermeisten Schäden werden diese Hürden nicht nehmen können.

Das Verursacherprinzip kann sich in der Realität nur blamieren: Die Tat ist keine Tat, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis; das Opfer ist kein Opfer, sondern ein individuelles Ensemble gesellschaftlicher Einwirkungen; der Täter ist kein Täter, sondern Agent ökonomischer Prozesse; die Schuld ist keine Schuld, sondern folgt den Zwängen gesellschaftlichen Handelns; die Sanktion ist keine Sanktion, weil sie letztendlich überwältigt werden kann; schlußendlich die Internalisierung keine Internalisierung, sondern eine andere Externalisierung.

Das Verursacherprinzip geht in seinem sachlichen Konstruktivismus davon aus, daß es möglich ist, der sogenannten Umweltschädiger habhaft zu werden. Schäden haben jedoch komplexe

Grundlagen, sie werden nur in Ausnahmefällen quantifizierbar sein. Das Verursacherprinzip scheitert an der Multifaktorialität der Ursachen und der Unmöglichkeit für jeden einzelnen Schadensfall seriöse Gewichtungen vorzunehmen. Es verkennt den gesellschaftlichen Gehalt der Umweltzerstörung, reduziert diese auf individuelle Fehlleistungen. „Schaden heißt jeder Nachteil, welcher jemandem an Vermögen, Rechten oder seiner Person zugefügt worden ist“, heißt es etwa im § 1293 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB). Und im § 1294 lesen wir: „Der Schaden entspringt entweder aus einer widerrechtlichen Handlung, oder Unterlassung eines Andern; oder aus einem Zufalle.“

Worauf ich hinauswill, dürfte klar sein: Dieser Schadensbegriff ist in seiner Dimensionierung auf ökologische Schäden kaum anwendbar. Letztere sind im Sinne des ABGB weder Unterlassungen, noch Handlungen, noch Zufall, sie sind selbst Norm oder besser noch: ökonomisches Gesetz.

Mittelfristig wird das Verursacherprinzip auf Umweltzertifikate und ein Umweltversicherungssystem, kurzum Umweltverschmutzungsrechte hinauslaufen. Nicht der Profit wird dadurch beschnitten, sondern es entstehen den Konsumenten nur neuartige Belastungen, denn auf sie als letztes und schwächstes Glied der ökonomischen Kette werden alle außerökonomischen Eingriffe, die betriebswirtschaftlich nichts anderes als Unkosten sind, überwältigt. Das Wie sollte nicht die qualitative Identität verschleiern. Das Verursacherprinzip läuft auf folgende Alternative hinaus: Zahlt die Allgemeinheit oder zahlt die Allgemeinheit?

7.

Grundgedanke des geamten marktwirtschaftlichen Instrumentariums ist die Monetarisierung von Umweltschäden. Die Logik des Geldes wird nicht kritisiert, sondern sie soll noch ausgeweitet werden. Der Zusammenhang zwischen Wert, Geld, abstrakter Arbeit wird so nicht nur nicht angegriffen (und nebenbei: er wird gar nicht aufgegriffen, weil nicht einmal begriffen), nein, er wird geradezu vorausgesetzt bei der Lösung der Umweltprobleme.

Worüber heute diskutiert wird, ist weniger WAS IST?, stets aber WER ZAHLT? Wer diesem Kalkül folgt, sich und den anderen stets billigere Varianten vorrechnet, hat vor der Logik des Systems bereits kapituliert. Nicht, daß man sich schon hier und heute ausklinken kann, wird behauptet, sehr wohl aber, daß die vorausgesetzte Selbstverständlichkeit der Denkmuster hinterfragt, daß die bewußtlose Übernahme monetärer Kategorien (Wert, Kosten, Preis) reflektiert und überwunden werden muß.

Vorausgesetzt wird, daß die konventionellen Maßnahmen, die heute innerhalb der Formprinzipien von Markt und Staat ergriffen werden,

sich gründlich blamieren. Der Katzenjammer ist prognostizierbar, wenngleich daraus noch keine Automatik abgeleitet werden kann, daß die herkömmlichen Denkmuster dann auch über Bord geworfen werden. Neuaufgaben des Praktizismus - wenn auch zunehmend weniger euphorisch - sind nicht ausgeschlossen.

Notwendig ist eine fundamentale Wende in der ökologischen Debatte. Elemente einer emanzipatorischen Ökologie müssen als Alternativen jenseits von Markt und Staat denkbar und machbar werden. Es ist notwendig, die Fragen der Ökologiebewegung zuzuspitzen, diese auf die Spur einer tiefergehenden Analyse zu treiben, die auch vor den vorausgesetzten Kategorien von Arbeit und Geld, Wert und Rentabilität nicht haltmacht. Diese Aufgabe ist keine geringe, stellt sie doch alle ideologischen Prämissen und Instrumentarien der Ökologiebewegung zur Disposition.

Notwendig ist auch eine Herausarbeitung des unbedingten Zusammenhangs von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Es ist zu zeigen, wie jene diese bestimmend vorantreiben. Die Produktivkraftkritik ist zu verlängern, hin zu einer Fundamentalkritik der Gesellschaftsformation überhaupt. Jeder Isolationismus von Problemen muß theoretisch und praktisch desavouiert werden. Ebenso gilt es, die ökologische Debatte von einer Kostendiskussion zu entkoppeln, d.h. sie muß in ihrer direkten stofflichen Dimension Gegenstand der Überlegungen werden, nicht bloß in ihrer indirekten monetären Vermitteltheit.

Plädiert wird für eine Entmoralisierung und Entsachlichung. Diese sind unabdingbare Kriterien dieser erkenntnistheoretischen Wende. Sachliche Einschätzungen und konstruktive Lösungen greifen nicht und begreifen nichts. Kritische Theorie ist niemals ex parte, sondern immer pro toto. Gleiches gilt für die emanzipatorische Praxis. Jede einzelne Frage ist somit zu interessant, sie den Experten zu überlassen. Jede einzelne Frage sprengt ihre sachlichen Dimensionen. Keine einzelne Frage ist eine einzelne Frage. Der gegenwärtige Diskurs über Ökologie hingegen scheint zusehends im Detail zu verlaufen. Das ödet an, interessiert nicht mehr, führt nicht weiter.

Streifzüge
kosten Geld.
Wir bitten Sie, von
dem Zahlschein auf
Seite 15 zweckdien-
lichen Gebrauch zu
machen

Haslinger lesen und wie's eins nicht tun sollte

von Gerold Wallner

Im Heft 5/95 von „konkret“ hat Erwin Riess eine Kritik an dem Roman „Opernball“ von Josef Haslinger vorgelegt.

Darauf habe ich eine Replik an „konkret“ geschickt, die aber in der Folge nur im Freundeskreis zirkulierte.

Hier sollen die wesentlichsten Argumente noch einmal dargestellt werden.

Haslinger hat ein Buch geschrieben, dessen grotesker Aufhänger ein Anschlag auf den Opernball ist, dem alle Anwesenden zum Opfer fallen, inclusive eines Politikers, der als Jörg Haider erkannt werden könnte. Unter diesem Vorwand liefert Haslinger ein Werk, das eins so von ihm nicht erwartet hätte. Es fehlt der Ton der demokratischen Besoffenheit, es fehlt der Appell an die Gemeinschaft der Guten. Dieses Buch hat nur mit den Befindlichkeiten einer Gesellschaft und ihrer sie tragenden und aus ihr gewordenen Glieder zu tun, es ist nichts als Thema da in diesem Buch außer Geschwätzigkeit und Gewalt. In welchem Verhältnis die beiden zu einander stehen, und warum sie zu einander in einem Verhältnis stehen, ist, wovon das Buch handelt. Ich möchte diesen Punkt besonders betonen, da immer wieder zwei Argumente gegen „Opernball“ ins Treffen geführt werden - nicht nur von Herrn Riess. Das eine lautet, Haslinger hätte sich an der korrekten Darstellung der Dinge vergangen, das zweite, an der politisch korrekten Praxis. Herr Riess wirft ihm beides vor. Nun ist es auch so, daß - einmal von Oklahoma und Tokyo abgesehen - ein Giftgasanschlag auf den Opernball relativ unwahrscheinlich ist. Aber damit nicht genug, geht Haslinger so weit, zu überlegen, wenn so ein Anschlag auf die Spitzen der Gesellschaft schon erfolgen könnte, welche Interessen dem zugrunde liegen sollten und welcher Natur sie wären. Und da wird keins ausgespart, nicht einmal die Fernsehanstalt, die die Exklusivrechte am Opernball erstanden hat.

Und einem Reporter dieser Fernsehanstalt ist just bei dieser Übertragung des Balls und des Anschlags der Sohn gestorben. Also macht sich Fraser - so heißt dieser Reporter, eigentlich ein leitender Redakteur - auf, die Hintergründe auch seiner eigenen Tragödie zu erforschen. Was die Leserinnen und Leser des Romans aber nun geboten bekommen, ist kein Thriller, in dem der Held Fallen, Fußangeln, Widrigkeiten sachlicher und menschlicher Natur und am Schluß den großen Bösewicht höchstpersönlich überwinden muß, um die Wahrheit herauszufinden, die Menschheit zu retten und die Übeltäter ihrer verdienten Strafe zuzuführen. Vielmehr erfährt eins alles mögliche

über die sogenannte gute Gesellschaft, ihre moralischen Vorzüge und Liebenswürdigkeiten, über ihre Zwänge und Ängste, über das Leben der Polizisten und ihren nicht ganz leichten Beruf, über Fraser selbst, seine Ehe und seinen Sohn, der als Drogensüchtiger schon einmal beinahe umkam und vom Vater auf ziemlich gewaltsame Art gerettet wurde. Da ist auch sehr ausführlich die Rede von einem „Ingenieur“ genannten Individuum, das zusammen mit einer recht obskuren Sekte in den Anschlag verwickelt gewesen sein will, das am Ende des Berichts auch sich selbst um s Leben bringt in einem aufgesetzten Schluß, der eher eine Signalwirkung hat: „So, es gibt eine Lösung, ein Bösewicht ist gestorben; ihr könnt zu lesen aufhören.“. Natürlich ist mit dem Ende des Buchs das Ende der Geschichte nicht da. Alles bleibt offen: hat die Sekte aus Eigenem gehandelt, oder gibt es wirklich die Hintermänner, die Haslinger als mögliche einführt, als solche, denen so ein Attentat zuzutrauen ist? Alles bleibt offen: sind die Berichte, aus denen der Roman aufgebaut wird, überhaupt glaubwürdig? Eine endlose Aneinanderreihung von Tonbandprotokollen, glaubwürdig oder nicht, liegt als unstrukturierte Erzählung vor, unterbrochen von den Aufzeichnungen Frasers über sich selbst und seine Familiengeschichte, ebenso höchst subjektiv und geschönt oder nicht.

Hier setzt die Kritik dann ein, auch die von Herrn Riess. Aus dem Vorangegangenen ist wohl klar, daß hier kein Krimi, kein Thriller vorliegt, bei dem am Ende das Gute zu seinem Recht kommt. Was Herr Riess nun aber vorwirft, ist etwa, daß, als Folge fehlender inhaltlicher und formaler Eindeutigkeit, sich der Autor mit Neonazis in einem unverantwortlich großen Ausmaß auseinandersetzt, ihnen zu viel Raum in der Erzählung einräumt; ja, er zieht ihn sogar nicht reflektierter Sympathien für sie. Er wirft Haslinger auch vor, daß er eine Gesellschaft beschreibt, die es so nicht gibt, daß Haslinger sich zwar alle relevanten Themen der letzten Zeit als Material für seinen Roman zu eigen macht, aber vor diesen Themen in Wirklichkeit verstummt; und nicht nur verstummt, sondern sie auf höchst fahrlässige Weise umdeutet. Für Herrn Riess bedeu-

tet das, daß Haslinger die Begriffe vernebelt und leichtfertig mit Tabus umgeht. Das liest sich dann - ganz beleidigte Aufklärung und political correctness - so: „Haslinger borgt sich das tabuisierte Bild des Gastods, und er tut dies mit einer Selbstverständlichkeit, als handelte es sich um irgendein beliebiges Tableau, eine jener unzähligen Menschheitskatastrophen eben, deren unterschiedslose Aneinanderreihung nach revisionistischer Auffassung Geschichte ausmacht. Die Fiktion ist aber nicht befugt, sich leichtfertig über historische Tabus hinwegzusetzen, und der inflationäre Gebrauch des Worts >vergasen< stellt einen solchen Tabubruch dar. Darüber hinaus finden sich in Opernball weitere Tendenzen zur Relativierung des Holocausts.“ Und weiter: „...in der Tat gibt es keine langweiligen Menschen als jugendliche Faschisten, und ein umsichtiger Autor würde schon aus Gründen des geistigen Selbstschutzes vermeiden, sie in das Zentrum einer Erzählung zu rücken“.

Herr Riess fordert von Haslinger ein, daß er sich gefälligst an einen erarbeiteten und gültigen Kanon zu halten habe, der etwa dem entspricht, was Haslinger mit Lichtermeeren und wohl definierten sozialen Gegnern bislang verbunden hat. Insofern verlangt er auch, daß das literarische Werk Haslingers sich darauf zu beschränken habe, denunziatorische Schriftstellerei mit politischem Mut zu verbinden, aufzuklären, kenntlich zu machen, und zwar so, daß die Sache möglichst klagsfähig sein soll. Als Vorbild wird Bettauer hervorgeholt, und wer nicht wie Bettauer schreibt, schreibt schlecht. Doch Haslingers Thema ist nicht der aufklärerische Gestus. Im Gegenteil ist das Thema, das eigentliche, nicht das Heranwachsen aus dem schlecht gereimten noch fruchtbaren Schoß, sondern der Einbruch irrationaler, individualisierter, asozialer Gewalt ohne Rückkopplung in eine Gesellschaft, der alle Menschen schon so gleich sind, daß sie an dieser Gleichgültigkeit zerbrechen werden, sofern sie sich nicht zum Herrscher über ihre Umgebung aufzuschwingen mühen. Das ist das Thema von „Opernball“ und der darin beschriebenen Gewalt, ob diese nun der Rechtsstreit des Dichters mit seinem Mäzen, der Dro-

gentrip mit folgendem Entzug des Sohnes Frasers oder das Attentat auf die gute Gesellschaft, der kalte Putsch gegen die schlechte Gesellschaft ist; was dann auch als dasselbe daherkommt: die gute und gleichzeitig schlechte Gesellschaft, in der sich eins bewegt.

Während Herr Riess Jelineks letztes *œuvre* „Die Kinder der Toten“ über den grünen Klee lobt und die repetitive Darstellung von Vampirismen und Untoten als höchst gelungenes Transparentmachen österreichischer Verhältnisse feiert, die Ausschachtung des Todes Rudi Nierlichs und anderer Typen der österreichischen Gesellschaft im Genre des Horrorromans ästimierte, fordert er von Haslinger angesichts dessen „eigentlichen Themas“ einen Realismus ein, der sich an der beschriebenen Gesellschaft (oder besser: Geselligkeit) gründlich blamieren würde. Heraus käme so etwas wie ein neuer Simmel, denn mittlerweile kommen Roman und Wirklichkeit auf negative Weise zur Deckung, eine Erkenntnis, zu deren Aufnahme es nicht mehr der Anschläge von Tokyo und Oklahoma bedurft hätte; und das bezieht sich jetzt nicht auf den gegebenen, vorliegenden Band und die bestätigende Zufälligkeit der Attentate, sondern auf allgemeine künstlerische Beschreibung der die Kunst umgebenden und hervorbringenden Wirklichkeit selbst. Ich habe weiter oben davon gesprochen, daß Haslinger sich als Thema stellt und beschreibt die Befindlichkeit einer Gesellschaft, die auf sich selbst zurückgeworfen ist, die (allerdings auf negative Weise) zu sich kommt. Ich möchte darauf ein klein bißchen näher eingehen. Vor nicht allzu langer Zeit, vor etwa fünfzig bis hundert Jahren noch, war eine gegebene künstlerische Aussage von einem einheitlichen, inhaltlich und formal gleichermaßen eingehaltenen Prinzip bestimmt. Vor dem Hintergrund einer vorgeschobenen Situation - wie real oder unreal sie auch sein mochte - trafen dramatis personae aufeinander, die wie in einem Reagenzglas (oder einem Mysteryspiel) durch die Darstellung ihres Parts und die Abgleichung ihres Parts mit dem anderer exemplarisch das Schicksal der Menschheit auf sich nahmen und durch ihr abbildhaftes Handeln gesellschaftliche Beziehungen und Vorgänge (zumindest ideologisch) transparent machten. Die Schicksale dieser Kunstgestalten eröffneten dadurch ein weites Feld für mittelmäßige Schullehrer, die hinfort ihre Anbefohlenen mit Fragen der Art: „Wie hättest Du an Stelle von Wilhelm Tell beim Apfelschuß gehandelt?“ quälen durften.

Die Standardantwort auf diese pädagogische wie kunstkritische Zumutung ist immer noch: „Hier handelt es sich um eine konstruierte Situation, die uns die Kunst, nicht aber das Leben bietet; ich kann nicht sagen, was ich an Tells Stelle gemacht hätte, ich kann höchstens ein paar Reflexionen über Handeln und Sein anbringen, die genauso spekulativ wie die Figur sind, an der sie exemplifiziert wurden.“ Dies gilt für die „Brüder

Karamasow“ genauso wie für die „Stadt in der Wüste“, den „Untertan“ ebenso wie für den „Zauberberg“. Dies gilt aber nicht mehr für die heutige Gesellschaft. Hat früher ein Kunstwerk noch vorweggenommen, was im Allgemeinen undenkbar war und nur als Kunstwerk goutiert, aufgenommen und bedacht werden konnte, versehen mit der Anmerkung, hier solle uns etwas gesagt, hier sollen wir vorbereitet und vielleicht sogar gewarnt werden, so ist heute die Inkubationszeit zwischen künstlerischer Äußerung und realem Sachverhalt abgelaufen. Was einst als Kunstwerk provozierte und so mit höheren Weihen versehen noch durchgehen mochte, ist heute fade geworden: die Dialoge von Wladimir und Estragon erinnern nur noch an ein abgestandenes Ehedrama.

Dafür aber finden sich Romane, die nicht mehr als kunstvolles Ebenbild einer Gesellschaft sich gerieren, auch nicht als sensibler Ausblick aus der Gegenwart in welche Zukunft auch immer, sondern als Klischee im photographischen Sinne sich auf die Wirklichkeit legen und mit ihr verschmelzen; natürlich verstummen vor diesem Vorgang Kategorien wie Realismus oder Naturalismus, vielmehr verschafft sich ein Blick Geltung, der an Virtualität und medialer Vielfalt sich schulen mußte. Die Aussage, die diese Form von künstlerischer Äußerung transportiert, lautet: „Die Kunst ist nicht mehr der Exerzierplatz von Wirklichkeit, wo geübt und vorgestellt wird, was einst sein könnte, die Kunst hat vielmehr diese Funktion verloren und ist bloß noch identifizierendes Abbild einer Welt, die wie ein schlechter Roman ist.“ Das gilt übrigens für „Schubumkehr“ genauso wie für „American Psycho“, für die Malerei von Lassnig ebenso wie für die Musik von Essl. Damit möchte ich noch nicht ein Qualitätsurteil über die Werke und Personen abgegeben haben. Im Gegenteil, wo etwa Lassnig ihre große analytische und fachliche Kompetenz ins Treffen führt, tendiert Haslinger dazu, dies aufzugeben, von Menasse und seiner „Schubumkehr“ ganz zu schweigen.

Die Frage ist also: hat Herr Riess Haslinger richtig kritisiert? Ich glaube, daß nicht und will noch einmal die wesentlichen Differenzen zwischen mir und Herrn Riess herausstellen. Herr Riess läßt sich auf den vorgefundenen Text erst gar nicht ein, sondern legt jeder Beschäftigung damit ein Raster für soziale und literarische Betrachtung vor, das nur seine eigene eingeschränkte Sichtweise eines enttäuschten guten Menschen beweist. Dazu kommt noch ein überaus penetrantes Sendungsbewußtsein, das mit dem Wissen darüber ausgestattet ist, wie ein guter Mensch schreiben und was ein guter Mensch lesen soll. Als Grundlage für diese Anmaßung dient ein manichäisches Konzept von Gut und Böse, das wieder nur bestimmten Charaktermasken ihren Auftritt erlaubt: wer Kolportage schreibt, muß wie Bettauer schreiben,

muß aufrütteln, Sympathie erwecken, den Teufel an die Wand malen und gleichzeitig bannen; wer Überfälle begeht und sich in irrationale Welterlösungsphantasien versteigt, kann kein guter Mensch sein; wer kein guter Mensch sein kann, ist ein böser Neonazi; wer einen bösen Neonazi falsch darstellt, kann kein guter Schriftsteller sein - der Kreis schließt sich. Es ist dieses hermetische Weltbild, das Herr Riess zu seiner Kritik verführt, die am Schluß vollkommen versandet; seine Behauptung, Haslinger hätte einen Landserroman verfaßt, macht letztendlich eine Auseinandersetzung mit Herrn Riess zum Schattenboxen.

Ich will also lieber versuchen, ein anderes Finale zu präsentieren, und das könnte so gehen: Wir leben heute in einer Welt, die mit ihrer künstlerischen Entäußerung zur Deckung kommt. Das Unwahrscheinliche geschieht nicht mehr in der Konstruktion, das Exemplarische geschieht nicht mehr in der Darstellung; das Unwahrscheinliche begegnet heute einem unaufdringlich auf Schritt und Tritt, das Exemplarische ist zum Alltäglichen geworden (die Gesellschaft als ideologisches Konstrukt, als künstlerische Aussage ist tatsächlich mit sich selbst als (sich be-) herrschendes Verhältnis eins geworden). War „Alles ist erlaubt (wenn Gott denn tot ist)“ noch vor nicht allzu langer Zeit ein Satz, der in Kunst und Philosophie des langen und breiten gewälzt wurde, so ist „anything goes“ zum nicht hinterfragten Allgemeinut geworden. Künstler wie Haslinger reagieren darauf, daß sie dieses „anything goes“ abrufen. Sie stellen dar, was rund um sie ist. Sie verschwenden keinen Gedanken an Analyse oder andre Formen von Einsicht, sie fragen nicht, was der Gesellschaft an negativer Entwicklung zuzutrauen wäre und ob eins davor warnen sollte. Sie zeichnen einfach ein unkompliziertes Bild dessen, was so geschieht. Darin liegt sowohl die Stärke als auch die Schwäche von Haslingers Buch. Die Stärke ist ein Realismus, der sich nicht an Charaktermasken orientiert, sondern an Wirkungslosigkeit; selbst wo bis zur Kenntlichkeit beschriebene Figuren den Roman bevölkern, beschreiben sie nicht eine soziale Schicht mit zuordbaren Machenschaften, sondern bloß soziale Möglichkeiten, die zu nützen schon eine ziemlich beliebige Angelegenheit geworden ist, weil sie allen offen stehen. Dieser Realismus ist photographisch (technisch reproduzierbar) treu. Das ist aber auch seine Schwäche. Er läßt sich von der Perspektivlosigkeit der beschriebenen Zustände vereinnahmen und affirmiert sie. Nicht, daß Haslinger mit dem Feind fraternisiert, wie Herr Riess glauben machen möchte; nein, es gibt nichts Gutes zu verteidigen, geschweige denn Aussichten in eine Entwicklung zu beschwören (sei es zum Guten, sei es zum Bösen), und so läßt Haslinger sein republikanisches Pathos ersatzlos schweigen. Herr Riess macht's ihm zum Vorwurf.

Derweilen sind Welt und Roman schon in eins gefallen, und so geschah's. □

Subjekt und Geschichte

EINE KLEINE ABENDLÄNDISCHE INDIVIDUALKUNDE

von Franz Schandl

1.

Was ist ein Ich? Ein Ich ist ein In-Sich. Ein Sich ist ein An-Sich, ein Ich ist ein Für-Sich. Um zu einem Ich, einem Für-Sich zu werden, muß der Mensch In-Sich gehen, das An-Sich ansehen und erkennen. Das besondere Subjekt ist das Ich, das Individuum für sich, das Begreifen und der Begriff von einem selbst. Ich bin, sagt der Mensch. Und Ich bin ich, meint er. Dies ist ein Fundamentalbekenntnis bewußter Existenz. (Ob dieses Bekenntnis als Erkenntnis standhält, ist freilich eine weitergehendere Frage.) Hegel bezeichnete das Subjekt als „ein in sich Reflektiertes.“ Nur der Mensch kann erkennen, weil sich erkennen. Nur der Mensch hat eine Potenz zum Ich.

2.

Subjekt meint also ein denkendes Für-Sich, nicht bloß ein denkendes An-Sich. Erst die bürgerlichen Ichs begreifen sich nicht nur als Exemplare einer Masse, sondern sie bestätigen sich als individuell, als einzeln, als mit einem freien Willen ausgestattet. Erst im bürgerlichen Individuum vermeint der Mensch sich als Subjekt, er ist sich nicht mehr bloß reflexives Objekt, sondern reflektiertes Subjekt. Das einst undenkbar Ich wird häufiger, ja so geläufig und inflationär, daß man glauben könnte, es sei schon verwirklicht, seine Vollendung sei erreicht. Das wird auch gemeinhin unterstellt.

3.

Das Verhältnis der Menschen zu allen anderen Objekten läßt sich vielleicht so beschreiben: Sie sind unterwerfende Unterworfenen, nicht bloß sich unterwerfende Unterworfenen. Das sich unterwerfende Unterworfene unterwirft sich nicht nur selbst, es unterwirft auch untereinander und gegenüber der ersten Natur. Diese subjektiven Absichten sind nicht gänzlich als Folgen objektiver Notwendigkeiten dechiffrierbar, da sie von den Zuständen theoretisch abstrahieren und praktisch repellieren können

4.

Mensch sein, heißt sich den Notwendigkeiten zu stellen, ihre Not aber zu wenden, sie zurückzudrängen. Es gilt, Not abzuwenden anstatt anzuwenden. Emanzipation besteht vorerst in der Negierung der Notwendigkeiten als Zwänge, in

der Erweiterung der Möglichkeiten in eben jenen. Aus der konstatierten „Einsicht in die Notwendigkeiten“ (Engels sehr frei nach Hegel) läßt sich mehr als eine bloße Aussicht auf diese abzuleiten. Jene ist kritisch, nicht affirmativ, sie ist Bedingung, nicht Aufgabe oder gar Ziel.

5.

Das bürgerliche Subjekt kommt erst a posteriori zu sich, eben vermittelt durch den Wert und seine Formprinzipien, es ist also nicht wie das bürgerliche Denken unterstellt, a priori bei sich. Das Subjekt ist somit nicht „souveränes Bewußtsein“ (Foucault), sondern bloß unsouveränes. So gilt es einerseits die Subjektillusion in der Warengesellschaft zu desavouieren, andererseits aber die Subjektwerdung der Menschen - es ist noch gar nicht solange her, daß das Subjekt überhaupt gedacht wird - voranzutreiben, ihre Voraussetzungen und Bedingungen zu diskutieren. Das Subjekt ist zu fördern und zu leugnen.

6.

Bürgerliche Subjektkonstitution und Subjektillusion sind eins. Die normierten Abweichungen von der Norm werden ideologisch unterfüttert mit einem freien Willen, obwohl dieser nichts anderes darstellt als eine Realisierungsform vorgegebener Determinanten. Die unterstellte Freiheit suggeriert eine Möglichkeit jenseits der Notwendigkeit, wo es doch gerade darum ginge, eben diese Notwendigkeit zu erkennen, ohne sie jedoch nun zu affirmieren. Gerade eine kritische Kritik des Notwendigen wendet sich gegen das Eskamotieren und dessen falsche Auflösungen in Möglichkeiten, zwischen denen grundsätzlich und souverän zu wählen wäre.

7.

Subjekt und bürgerliche Freiheit gehören zusammen. Das Subjekt ist die notwendige menschliche Erscheinungsform der bürgerlichen Freiheit. Diese Freiheit ist ihr bedingender wie unhinterfragter Bestandteil. Historische Subjektwerdung bedeutet somit Befreiung hin zur Form, nicht jedoch von der Form, wie sie heute erst ansteht. Die Kritik des Subjekts ist nun dahingehend aufzufassen, daß auch diese Kategorie ihrer ontologischen Härte entkleidet werden muß und historische Einordnungen erfährt. Die Kritik des Sub-

jekts schreit so nicht nach anderen Subjekten.

8.

Mit dem Abschied vom Klassenkampf als transzendierender Form emanzipatorischer Praxis, ist freilich die Frage nach den Praktikern der Revolution nicht gleich mitbeseitigt. Sie stellt sich dringlicher denn je, soll die Transformation sich nicht als bloße Destruktion gestalten. Natürlich kann die Systemtransformation nicht selbstläufig erfolgen, sondern bedarf auch eines kollektiven Willens, das eben den Übergang vom bürgerlichen Willenssubjekt über es hinaus darstellt. Sie wird aber nicht (mehr) einer bestimmten sozialen Klasse oder Schichtung zugeordnet sein, sondern liegt jenseits der Klassenfrage. Sie kennt keine Träger in klassischer Form. Ihr Instrumentarium ist nicht der Klassenkampf. Emanzipation ist klassenunspezifisch, ja klassenlos geworden.

9.

Das Betonen der gesellschaftlichen Determinanz unter dem Kapitalismus ist nicht als ehernes Einbetonieren der menschlichen Entwicklung aufzufassen. Es darf nicht als ontologische Konstante dechiffriert werden, sondern als historische Resultante. Emanzipation bedeutet dahingehend gerade Überwindung der Determiniertheit, sie ist (mit Marx) als Sprung von der menschliche Vorgeschichte in die Geschichte zu verstehen. Dahingehend macht das Gerede vom Ende der Geschichte wieder einen Sinn, aber einen ganz anderen als der Postmodernismus unterstellt.

10.

Begreifen und Eingreifen gehören zusammen. Jede Tat bedeutet Negation des Daseins in seiner konkreten Existenz. Jeder Griff ist ein Eingriff, jeder Gang ein Zugang, jedes Handeln ein Behandeln. Eine emanzipatorische Praxis ist nur bestimmbar und leistbar, wenn sie sich als Möglichkeit versteht und veranstaltet, wenn die Interventionen als Aktionen, nicht bloß als Reaktionen aufgefaßt werden, wenn sie die Wirklichkeit anreichern, nicht bloß Abklatsch dieser sind. Das muß auf der Bewußtseinssebene gewährleistet sein, um die notwendige Motivation zu sichern. Auch auf die Gefahr hin, daß sich im Nachhinein diese Möglichkeiten als überschätzte erweisen sollten.

Immer am Rande Europas

von Hannes Hofbauer

Seit dem Mittelalter steht Osteuropa in Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Zentren des Kontinents. Erst die stalinistischen Entwicklungsdiktaturen entzogen die Region dem ökonomischen Zugriff des Westens - allerdings nur vordergründig: Mit der Aufnahme von Krediten im Westen zur Überwindung der Rezession der Siebziger gerieten die nominalsozialistischen Länder in die Schuldenfalle und damit in neuerliche Abhängigkeit, die schließlich zum Zusammenbruch der Regimes führte - und zur Wiederherstellung der Peripherie-Metropole-Beziehung.

Von der Öffnung zur Peripherisierung des Ostens

Geographisch reicht der politisch titulierte „Osten“ Europas bekanntermaßen vom böhmischen Cheb im Westen bis zur Tschuktschen-Halbinsel an der Beringstraße. Die Gebiete der ehemaligen DDR haben im allgemeinen Sprachgebrauch eilig das Beiwort Osteuropa verloren und werden im meinungsbildenden Diskurs allenfalls als ostdeutsche Länder, lieber noch als „neue“ Länder gehandelt. Die mit der Vergrößerung Deutschlands erfolgte Ausweitung des Westens kann im Angesicht der Landkarte als geringfügig betrachtet werden.

Zwischen Böhmerwald und Ostsibirischer See erstreckt sich also jener Osten, der vor wenigen Jahren wirtschaftlich zusammengebrochen ist - heute politisch destabilisiert und militärisch an vielen Orten jederzeit entflammbar. Gemeinsam ist den Regionen und Staaten des Ostens nur ihre Ex-Mitgliedschaft im RGW, dem bisher größtangelegten Versuch zur Herstellung eines Integrationsraumes am Rande der kapitalistischen Zentren. Damit einher geht die zweite Gemeinsamkeit: ihre Abhängigkeit vom politischen und militärischen Kristallisationspunkt dieses Raumes, Moskau. Einen Osten im Sinne dieses Ganzen gibt es heute nicht mehr, ja hat es - was beispielsweise die versteckten DDR-Exporte in die EG oder die offene Weigerung Rumäniens zur Pakttreue anbelangt - nie wirklich gegeben.

Nach dem Scheitern des von Moskau geprägten Zwangsmodernisierungsversuches befindet sich der Osten im Stadium zentrifugaler Aufsplitterung - sowohl in sozialer, wirtschaftlicher, politischer und teilweise sogar territorialer Hinsicht. Die gesellschaftlichen Fliehkräfte bilden nicht nur die Voraussetzung für Peripherisierung, sie begleiten Land und Leute während des Prozesses der Desintegration, der von anderen

gleichwohl als selektive Integration verstanden wird.

Die Phalanx der staatsfinanzierten Osteuropainstitute ist in Windeseile von antikommunistischem Eiferertum zu Hoffnung und Warnung gleichzeitig spendendem liberalen Glaubensbekenntnis konvertiert. Sie hält das soziale und wirtschaftliche Auseinanderdriften der Gesellschaften - bestenfalls - statistisch in Tellerwäsender-Millionärsgeschichten und Elendsphänomenen fest, kommentiert die politische Zersplitterung mit Akribie und versucht dem territorialen Aufbrechen mit dem Begriff der nationalen Selbstbestimmung beizukommen. Der strukturelle Blick auf die tiefe wirtschaftliche Krise hinter dem (ost)europäischen Drama des ausklingenden 20. Jahrhunderts ist nicht gefragt. Eine gewisse Ausnahme bilden die Veröffentlichungen des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW). Dort finden sich makroökonomische Strukturdaten zur Wirtschaftslage in Osteuropa, die auch im folgenden berücksichtigt werden.

Zuvor bedarf es noch eines groben Rasters, um den unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern gerecht zu werden.¹⁾ Dabei orten wir drei Entwicklungsstufen, die - dem „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ in der EU nicht unähnlich - sich vom deutschen Zentrum aus schalenförmig von Nordwest nach Südost legen: Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien - mit Vorbehalt auch Polen - sind jene Staaten, in denen die Hoffnung auf wirtschaftliche Stabilisierung noch nicht aufgegeben wurde. Sie alle stehen in starker ökonomischer Abhängigkeit zur EU, insbesondere Deutschlands. Fortgesetzte wirtschaftliche Talfahrt prognostizieren hingegen auch Optimisten für Rumäniens und Bulgariens Wirtschaft Und östlich davon, wo die gescheiterte Modernisierung 1918 ihren Ausgangspunkt nahm, stehen die Zeichen auf Sturm. Rußland und mit ihm die GUS, insbesondere auch die Ukraine, ringen mit dem totalen Zerfall, gegen das drohende Vorbild des jugoslawischen Desasters. Für Ex-Jugoslawien außerhalb Sloweniens sind keine seriösen Daten verfügbar. Angemerkt zu den verschiedenen Entwicklungsgeschwindigkeiten sei noch das Wichtigste: Alle Regierungen der postkommunistischen Länder kämpfen zur Zeit - freilich für ihre eigene Elite - um einen Platz möglichst im Wirkungsbereich der Maastrichter Verträge.

Die russische Ausnahme basiert weniger auf

der Moskauer Distanz zur EU als umgekehrt auf der rigorosen Ablehnung eventueller diesbezüglicher Wünsche seitens Brüssel.

Der ökonomische Wandel

Unterschiedlich schnell und unterschiedlich intensiv vollziehen sich die wirtschaftlichen Wandlungsprozesse in den einzelnen Staaten. Die jeweilige Positionierung im System der weltweiten internationalen Arbeitsteilung gleicht sich dabei tendenziell jener in der Zwischenkriegszeit an. Es geht also retour - mit der Ausnahme Tschechiens, das als ehemals industrielles Kernland (Böhmen und Mähren) der Habsburgermonarchie beim Eintritt in den RGW ein hohes Entwicklungsniveau aufwies und somit als einziges Land die stalinistische Entwicklungsdiktatur der 1950er- und 60er Jahre auch ökonomisch kontraproduktiv empfand. Die spezifische Entwicklungsgeschichte Sloweniens innerhalb des jugoslawischen Staatsverbandes, das zudem in der heutigen Territorialität vor dem Ersten Weltkrieg administrativ nicht existierte, macht es schwer, die Ausnahme von der wirtschaftlichen Regression auch für dieses Land zu reklamieren.

Der allgemeine Abschwung ist übrigens bereits seit Mitte der 1970er Jahre konstatierbar, mit der Aufnahme von Westkrediten konnte er über zehn Jahre verschleiert werden.

Das Stichjahr 1989 steht für den Übergang dieser Krise der 70er Jahre zum Wandel ökonomischer Strukturen innerhalb der osteuropäischen Länder. Ost-Ost-Kooperationen konnten dem aus der Schuldenspirale entstandenen Druck nicht standhalten, rapide setzte in den höchstverschuldeten Ländern Ungarn und Polen eine Dollarisierung der Wirtschaft ein. Die Auflösung der (Transfer)Rubelzone im RGW ließ nicht lange auf sich warten. Und im Juni 1991 beschloß der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe sein Ende.

Der weiterhin von ökonomischer Talfahrt geprägte Wandel erfolgt letztlich entlang geopolitischer Linien. Die an die Europäische Union angrenzenden Volkswirtschaften Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Polens und Sloweniens richten sich branchenmäßig und entsprechend ihrer Außenhandelsorientierung auf die Bedürfnisse des EU-Marktes aus. Diese Zentralisierung weist ihnen wirtschaftlich einen Kolonialstatus und politisch-militärisch eine Vorfeldfunktion der deutschdominierten Brüsseler Verwaltung zu. Ein Konjunkturabschwung in Deutschland, so

meinte auch WIIW-Direktor Peter Hawlik anlässlich der Sommerpressekonferenz seines Institutes, würde unmittelbar negativ auf Osteuropa rückwirken.

Zur Auflösung der inner-osteuropäischen Wirtschaftskreisläufe, die in den IWF-Plänen von Jeffrey Sachs für Polen und Jugoslawien zur Dollarisierung des Außenhandels auch als bewußte Zerschlagung gelesen werden können, gesellt sich als zweites ökonomisches „Standbein“ des Wandels die Änderung der Eigentumsstruktur. Der Diebstahl am volkswirtschaftlich erarbeiteten Eigentum, der - grob gesprochen - bis zur Wende von der Nomenklatura systematisch betrieben wurde, erhält nun eine neue Trägerschaft. Was nicht unbedingt heißen muß, daß es sich dabei um andere Personen handelt. Die mit staatlicher Hilfe betriebene Privatisierung - ob mittels Kuponmodellen, direktem Ausverkauf oder mafiösen Praktiken, die alle drei eine weitgehende Einheit bilden - kennt oftmals als neue Eigner die alten Bürokraten. Im Ungarischen ist für diesen Sachverhalt ein passender Begriff entstanden: Fallschirmspringer nennt man dort diejenigen Direktoren verstaatlichter Betriebe, die mit entsprechender ministerieller Unterstützung den einstigen Nomenklaturazugriff auf Volkseigentum bürgerlich verrechtlichten. Der vermeintliche Hinauswurf aus den alten Positionen, der vorstellbare Verlust von Privilegien, wird in dieser Diktion „per Fallschirm“ gebremst, aufgehalten.

Die private Aneignung des gesellschaftlich Erwirtschafteten geht einher mit der Enteignung jener, die keine Zugriffsmöglichkeiten auf Volkseigentum haben. Als probatestes Mittel dafür gilt die Inflation, die innerhalb weniger Monate in allen Ländern - mit der Ausnahme Tschechiens - das Angesparte vernichtet hat. Damit die Dimensionen klar sind: 600% betrug die polnische Inflation im Jahre 1990, 500% die bulgarische 1992, ebenso hoch war sie 1993 in Rumänien, immerhin 60% in Ungarn (1992), über 1.000% in Rußland (1993), gar über 1.500% lag die Inflation 1994 in der Ukraine. Und das sind nur die Spitzenwerte, die oft im Folgejahr nur um wenig unterboten werden konnten. Die „Enteignung der Besitzlosen“ nannte der bekannte Nationalökonom und letzte austromarxistische Wirtschaftstheoretiker Eduard März diesen inflationären Prozeß, den er für die monetären Krisen der österreichischen Zwischenkriegszeit beschrieben hat.

Die wirtschaftliche Umorientierung von der (Transfer)Rubelzone zur ECU/DM-Zone bringt es auch mit sich, daß viele Fabriksstandorte, ja ganze Branchen nicht mehr konkurrenzfähig sind. Zwangsläufige Deindustrialisierung führt in der Folge zu Arbeitslosigkeit; von der inflationsbedingten Enteignung zur Hoffnungslosigkeit ist es dann für den einzelnen Betroffenen manchmal nur mehr ein kleiner Schritt.

Die Ursachen der Peripherisierung

Für viele Interpreten der aktuellen Situation beginnt die Krisengeschichte Osteuropas - im Banne der Ideologie des Kalten Krieges - nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine solche Sicht der Dinge verzerrt die Wirklichkeit, die ohne historischen Tiefgang nicht verständlich gemacht werden kann.

Der hegemoniale, von liberaler Apologetik gezeichnete Diskurs ergeht sich zwecks Ursachenergründung der gegenwärtigen Desintegrationsprozesse in Schuldzuweisungen an die alten KP-Regime. Von der sozialen Misere bis zur voll entbrannten nationalistischen Ersatzhandlung lägen die Wurzeln der osteuropäischen Unwegbarkeiten in den 70 bzw. 40 Jahren der roten Herrschaft. Schon Lenins Sozialismuskonzeption als nachholende Industrialisierung im Weltmaßstab, ja gerade als Reaktion auf die periphere Lage des Ostens, ist mit dieser Analyse aus dem Blickwinkel gerückt. Und auch die in Rumänien, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Ungarn und den slowakischen Regionen betriebene Nachkriegsmodernisierung als zweiter Versuch zur Überwindung abhängiger wirtschaftlicher Strukturen nach den 1920er Jahren kann mit dem simplen, in die Geschichte reflektierenden Antikommunismus nicht verstanden werden. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre traten nationale Parteien in den besagten Ländern gegen den wirtschaftlichen Kolonialstatus ihrer Länder auf und konzipierten eigenständige ökonomische Entwicklungsprogramme. Unter dem Einfluß des deutschen Volkswirtschaftlers Friedrich List erarbeitete beispielsweise der Rumäne Mihail Manoilescu 1929 seine „Idee eines nationalen Entwicklungsplanes“, die später auch von afrikanischen und lateinamerikanischen Dependecia-Theoretikern aufgegriffen wurde. „Durch uns selbst“ lautete die Devise der zeitgenössischen rumänischen Regierung Bratianu, des Vorsitzenden der Liberalen Partei, die eine Nationalisierung der Industrie mit starken autarkistischen Zügen vorantrieb.

Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich allerdings auf die nach wie vor weitgehend über Agrarexporte an den Weltmarkt aus gelieferten Länder Rumänien, Bulgarien, Polen, Jugoslawien oder Ungarn verheerend aus. Zwischen 1928 und 1933 sanken die Getreidepreise um 75%, selbst eine Verdreifachung der Exporte konnte die krisenbedingten Einnahmenseinbußen nicht kompensieren. Unter solchen Bedingungen war an eine eigenständige Industrialisierung mit aus Agrarexporten akkumuliertem Kapital nicht zu denken. Die Menschen wurden arbeitslos, eine Radikalisierung von unten setzte ein. Die gegen deutsche, österreichische und britische Kolonialverwalter gepflegte nationale Identität kippte rasch in nationalistische Hetze, die sich nun vornehmlich gegen den jeweiligen Nachbarn sowie gegen Zigeuner und Juden richtete. Solcher

Nationalismus, verbunden mit offiziell betriebener antikomunistischer Politik, wurde in den 30er Jahren zum Instrument des deutschen Vormarsches. Józef Pilsudski in Polen, die Eiserne Garde in Rumänien, Hlinka (und darauffolgend Tiso) in der Slowakei, Horthy in Ungarn ... sie alle benutzten die nationale Rhetorik, die aber nicht verhindern konnte, daß der deutsche Einfluß in der Region zunahm, bis er sich Ende der 30er Jahre auch politisch Kolonien schuf.

Die Basis des wirtschaftlichen Kolonialstatus Osteuropas wurde freilich bereits viel früher gelegt. Schon das spätmittelalterliche feudale Herrschaftssystem im Westen erwies sich dem tributären osteuropäischen wirtschaftlich überlegen, grundherrschaftlicher Erfindergeist lohnte sich im Westen, während er im Osten bloß eine Erhöhung der Tributabgaben an Kaiser oder - ab 1453 - an den Sultan nach sich gezogen hätte. Abertausende aufgrund wirtschaftlichen Aufschwungs mobil gemachter Bauern drängten im Laufe des 13. Jahrhunderts, vom römisch-deutschen Reich gefördert, in den relativ dünn besiedelten Osten, nach Böhmen und Mähren, Polen und Ungarn. Die katholische Kirche hatte sich bereits vorher der dortigen Schäfchen bemächtigt. Mit der deutschen Ostexpansion gelangten nun auch westlich-feudale politische Herrschaftsverhältnisse in die Länder jenseits der Elbe. Und es entstand jenes Zwischeneuropa, mit dessen über die Jahrhunderte immer wieder wechselnder Zugehörigkeit sich der ungarische Historiker Jenő Szűcs in seinem Modell der drei Regionen Europas beschäftigt hat. Die geopolitische Labilität Ostmitteleuropas nimmt hier ihren verhängnisvollen Anfang. Die verstümmelte, unvollständige - wie Szűcs sie nennt: hybride - Form der nachholenden Feudalisierung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften verunmöglichte indes eine dem Westen vergleichbare Entwicklung. Osteuropa, auch die katholischen Länder, blieben wirtschaftliches Randgebiet. So ist es auch nicht verwunderlich, daß kapitalistische Akkumulation vorerst in einzelnen westeuropäischen Zentren unter bestimmten Bedingungen stattfand. Eine herrschaftliche bzw. staatliche Kontrolle des Marktes war dafür unabdingbar, ein moderner Nationalstaat mit einem klar abgrenzbaren Territorium sowie geistig-religiöse Monopolisierung erwiesen sich dafür als notwendig. Die Vereinigten Niederländischen Provinzen, England und später auch Frankreich wurden zu Zentren des von Immanuel Wallerstein beschriebenen „modernen Weltsystems“ an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert.

Sobald jedoch im Westen die entsprechenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen für erfolgreiche Geldvermehrung eingerichtet waren, peripherisierten sich alle Weltteile, die diesem Austausch angegliedert, aber nicht gewachsen waren. Für Österreich und später das Deutsche Reich, aber auch für die Weltmacht

Nummer eins, England, eröffneten sich Interventionsmöglichkeiten in Osteuropa. Siedlungsräume für sächsische, niederösterreichische oder schwäbische Landarbeiter und Häusler sowie jüdische Handwerker wurden zwischen dem Karpatenbogen und dem Balkan erschlossen; die polnischen, ostdeutschen und baltischen „Vorkerkswirtschaften“ des 17. Jahrhunderts produzierten auf der Basis von Fronarbeit billiges Getreide für den Weltmarkt. Englands Industriearbeiter wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit ebensolchem billigem Getreide aus der Walachei ernährt, das von griechischen und später jüdischen Händlern den Bojaren abgekauft und über die Donau und das Schwarze Meer nach Westeuropa verschifft wurde. Östlich von Böhmen und Mähren war der Kontinent spätestens im 18. Jahrhundert zum Kolonialgebiet westlicher Staaten und Reiche geworden.

Immanuel Wallerstein ortet auch unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation in den verschiedenen Zonen der Weltwirtschaft. Im Nordwesten des Kontinents entwickelten sich aus feudalen Herrschaften agrarkapitalistische Unternehmer, die ihr Land mit freier Lohnarbeit bewirtschafteten. In der östlichen Peripherie ließen die Gutsherren per Fronarbeit Leibeigene für den Weltmarkt roboten und sicherten damit den beständigen Surplustransfer ins Zentrum.

Immer wieder mußten die wirtschaftlichen Zugriffsmöglichkeiten auf die (inneren) Kolonien auch militärisch abgesichert werden. So setzte sich 1774 die k. und k.-Armee im Karpatenbogen bis in die Bukowina fest. Deutschland „eroberte“ etwa zur selben Zeit Ostpreußen und Teile Polens, England besiegte in Allianz mit Frankreich und Rußland die türkisch-ägyptische Marine und sicherte sich bei der Gründung der griechischen Monarchie 1830 - mit Hilfe hetärisch-nationalrevolutionärer Griechen - einen Brückenkopf am Peloponnes. Nach dem Berliner Kongreß 1878 wurde der Einfluß Wiens auf Bosnien-Herzegowina ausgedehnt.

Widerstand gegen den freien Zugriff des Westens auf die östlichen Ressourcen blieb nicht aus. Im ideologischen Sog der deutsch-nationalen Renaissance des Jahres 1848 entstanden Nationalbewegungen der Rumänen, Serben, Bulgaren und Ukrainer, die sich gegen die Statthalter des deutschen, österreichischen oder britischen Kolonialreiches (wie auch der osmanischen Herrschaft) wehrten - nicht zuletzt deshalb, weil diese in den Städten ein parasitäres Leben führten. Die Chefs der Niederschlagung dieses Aufstandes sind - von Radetzky über Jelacic bis Schwarzenberg - bis heute identitätsbildende Symbole des Westens und insbesondere in Österreich inniglich geliebt.

Dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie folgten oben beschriebene nationale Emanzipationsversuche, im „kommunistischen Stadium“ nach 1944/48 konnten sie auf den

weltkonjunkturellen Rückenwind der Nachkriegszeit bauen. Wirtschaftliche und soziale Indikatoren zeigen in den 50er- und 60er Jahren steil nach oben (siehe Ost-West-Gegeninformationen 2/94, S. 4). Die Rezession der 70er Jahre, im Kern eine Überproduktionskrise im Zentrum, stoppte dann den Höhenflug der osteuropäischen Entwicklungsdiktaturen. Und trieb in der Folge alle Dollargläubiger, die sich billiges Geld am Kapitalmarkt zum Durchtauchen der Krise ausgeborgt hatten, in die später so genannte Schuldenfalle.

Unter dem Druck der Zinsenlast stellten die KP-Regime die wirtschaftspolitischen Weichen auf Austerität. So gelehrt sich aber die Staats- und Parteiführer auch an die Auflagen des IWF hielten, dem Rumänien im Jahr 1972, Ungarn im Jahr 1982 und Polen im Jahr 1986 beitraten, so wenig konnten sie ihre Haut damit auf die Dauer retten. Denn mit jedem Schritt, mit dem die höchsten Staats- und Parteifunktionäre auf Anraten des IWF marktwirtschaftliche Reformen vorantrieben, verkleinerten sie die gesellschaftliche Domäne, die ihrer politischen Steuerungsfähigkeit unterlag. Jugoslawien, ein von westlichen Krediten besonders gehätschtes Land, mußte den IWF-Bedingungen nach der zinssteigernden Staatsnachfrage-Politik in den USA besonders hohen Tribut zollen. Fast 30 Mrd. US-Dollar flossen zwischen 1981 und 1987 an Zinsrückzahlungen aus dem Land, jeder einzelne Dollar mußte durch Exporte von Rohstoffen, verarbeiteten Produkten oder Arbeitskräften aus den Regionen herausgepreßt werden.

Nach der von IWF und Weltbank erzwungenen Preisgabe des politischen Primates war es in den Ländern Osteuropas nur mehr eine Frage der Zeit, bis dem ökonomischen Scheitern des realen Sozialismus sein politischer Zusammenbruch folgte.

Heute stehen die Länder Osteuropas mit über 100 Mrd. US-Dollar bei westeuropäischen und nordamerikanischen Gläubigern in der Kreide, die GUS-Republiken dürfen nochmals einen ähnlich hohen Schuldenberg abtragen. Ungarn ist mit fast 25 Mrd. US-Dollar das pro Kopf gerechnet höchst verschuldete Land Europas. Seine gesamten jährlichen Exporteinnahmen betragen weniger als die Hälfte der Nettoschulden. Selbst das Reformmusterland Tschechien muß fast 50% seiner Exporteinkünfte für die Schuldentilgung aufbringen, womit noch kein müder Dollar effektiv zu rückgezahlt ist. Budgetäre Spielräume verengen sich dementsprechend von Halbjahr zu Halbjahr.

Kapital fließt von Ost nach West. So schätzt etwa der Bukarester Ökonom und Mitglied des 1989er-Revolutionärsrates Silviu Brucan, daß jährlich etwa 15 Mrd. US-Dollar aus Zinszahlungen und Amortisationen aus den Budgets des Ostens westliche Kassen zum Klingeln bringen. Private Kapitalflucht kommt hinzu. Allein aus Rußland

betrug sie im Jahre 1993 geschätzte 20 Mrd. US-Dollar, 1994 dürfte sie noch höher gelegen sein. Zum Vergleich: Sämtliche Investitionen, die von westlichen Firmen zwischen 1989 und Mitte 1994 in Osteuropa getätigt wurden, brachten vergleichsweise magere 16 Mrd. US-Dollar in die Ökonomien der sogenannten „Reformländer“.

Hoffnung ohne Aufschwung

Erste positive Wachstumsindikatoren nach der Selbstauflösung des RGW werden zur Zeit von allen Wirtschaftsinstituten mit Euphorie herausgestrichen. Geschätzte Steigerungen des Bruttoinlandsproduktes zwischen 1994 und 1995 von 1% für Ungarn bis 6% für Polen deuten angeblich darauf hin, daß für die an die EU grenzenden Länder des Ostens die Talsohle bereits erreicht ist. Für Rußland und die GUS-Republiken prognostiziert das WIIW noch auf Jahre hinaus negative BIP-Werte. Verglichen mit den Einbußen der Jahre 1989 bis 1993 ist das aktuelle Plus vor den Wirtschaftsindikatoren allerdings minimal. Das zeigt sich deutlich im Langzeitschnitt. Nicht einmal Polen hat das Entwicklungsniveau von 1988/89 erreicht und hält 1994 bei 90% des BIP aus dem Jahre 1988. Die Tschechische Republik hat gerade erst 80% des BIP von 1989 erreicht, die Slowakei 78%, Ungarn 83%. In Rußland und der Ukraine steht der klassische Wirtschaftsindikator aktuell gar unter 50% des Vorwendeniveaus. Wenn man sich dabei vor Augen hält, daß letztlich ja gerade die wirtschaftliche Krise für den Zusammenbruch 1989 entscheidend war, kann man die langfristigen Auswirkungen der ökonomischen und sozialen Zerstörungen in den Ländern Osteuropas erahnen.

Noch aufschlußreicher als der allgemeine BIP-Indikator, der weder Qualität noch Richtung der Entwicklung anzugeben in der Lage ist, sind Wirtschaftsindikatoren, die von der Produktion ausgehen. Dem vom WIIW konstatierten leichten Konjunkturaufschwung in den Ländern Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien steht ein katastrophaler Rückgang der Produktion in Rußland und der Ukraine gegenüber. Während also der industrielle Abschwung in den sieben erstgenannten Staaten - auf niedrigem Niveau - eingedämmt werden konnte, hält er in den GUS-Republiken unvermindert an. In Rußland brach die Industrieproduktion 1994 - verglichen mit dem Jahr zuvor - um weitere 25% (!) ein, in der Ukraine um sagenhafte 38%. Laut WIIW wird auch 1996 der Tiefpunkt noch nicht erreicht sein. Der Deindustrialisierungsprozeß, der zwischen 1988 und 1991 in Polen und kurz darauf in allen anderen sogenannten „Reformländern“ stattgefunden hat, ist also in der GUS noch lange nicht abgeschlossen.

Seine Auswirkungen sind auch an der geänderten Außenhandelsorientierung ablesbar.

Durchschnittlich mehr als 50% aller Exporte gehen heute in die EU, woher auch die Mehrheit der Importe kommt. Polen ist mit 63% (Vergleichszahl 1989: 32%) seiner Ausfuhren auf die Konjunktur- und den politischen Willen - in Brüssel angewiesen, Slowenien mit 59% und Ungarn mit 51% (1989: 29%). Innerhalb von sechs Jahren fand eine totale außenwirtschaftliche Umorientierung Osteuropas statt, Rußland bleibt davon ausgenommen. Deutschland ist zum wichtigsten Handelspartner für alle Länder geworden, sein Konjunkturaufschwung zur notwendigen Triebfeder der einzelnen nationalen Entwicklungen.

Exportiert werden arbeits- und energieintensive Produkte. Die relativ hohe industrielle Qualifikation der Arbeitskräfte in Tschechien, Polen und der Slowakei wird wenig genutzt; die sogenannten „skilled exports“ gehen sogar zurück. Devisen werden also auf Grund der niedrigen Löhne und der billigen Energiepreise requiriert. Die Energie ist es auch, die in fast allen osteuropäischen Staaten nach wie vor staatlich subventioniert wird. Warschau, Prag und Laibach, deren Politiker mehr als andere von „freier Marktwirtschaft“ und „freien Preisen“ reden, stützen die Preise für Strom und Gas. Und ermöglichen damit private Profite im Exportgeschäft - auf der Basis staatlicher Vorleistungen.

Der größte Wettbewerbsvorteil des Ostens liegt zweifelsfrei in seinem billigen Arbeitskräftereservoir. Durchschnittliche Lohnkosten betragen zwischen 3% (in Rumänien) und 10% (in Ungarn) eines deutschen Arbeiters und sind dennoch aufgrund des Überangebotes für exportorientiertes Produzieren nur sehr selektiv verwertbar. Arbeitslosigkeit wirkt dabei langfristig weiter preisdämpfend, löst sie doch am meist weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt harte Konkurrenzkämpfe aus. „Die Arbeitslosigkeit hat sich auf relativ hohem Niveau stabilisiert“, faßt Direktor Hawlik die soziale Situation zusammen. Im März 1995 weisen die offiziellen Statistiken zwischen 11% (in Rumänien) und 15,5% (in Polen) aus. Einzig die Tschechische Republik bildet mit niedrigen 3,1% eine Ausnahme. In Rußland und der Ukraine läßt der totale Zusammenbruch der Produktion derzeit keine seriöse Arbeitslosenstatistik zu.

Nach fünf Jahren ungebremsster, brutaler Kapitalisierung sind auch die sozialen Folgen bereits statistisch ablesbar. Aus einer im August 1994 erschienenen UNICEF-Studie geht hervor, daß in vielen Teilen Osteuropas die Lebenserwartung sinkt. In Ungarn, Bulgarien, Rumänien, der Ukraine und in Rußland sterben männliche Bewohner vergleichsweise jünger als 1989. 1993 betrug die Lebenserwartung der Ukrainer/innen um fünf Jahre weniger als vor der Wende; das Ende der Entwicklungsdiktatur kostet den Menschen fast ein Zehntel ihres Lebens. Die Bürger/innen Rußlands sterben heute durchschnitt-

lich um zwei Jahre früher als zu Beginn der Ära Gorbatschow.

Meßbare Einbußen bestehen auch, was die Ernährung betrifft. Überall in Osteuropa sank der durchschnittliche Protein- und Kalorienverbrauch zwischen 1989 und 1992; in der Ukraine um ein Zehntel (!), in Rußland um 9%, in Bulgarien und Polen um 5% - 8%, in Tschechien um dreieinhalb, in Ungarn um eineinhalb Prozent. Selbst in Rumänien, das unter Ceausescus Herrschaft in Westeuropa als „Hungerland“ galt, hat der Durchschnitt der Bevölkerung fünf Jahre nach der Wende um knapp 2% weniger zu essen als davor.

Mögliche Auswege aus dieser nach unten weisenden Spirale sind wegen des fortschreitenden Konkurrenzverhältnisses der einzelnen Volkswirtschaften zueinander - bezogen auf den EU-Markt - vorderhand nicht in Sicht. Die schon aus der außenwirtschaftlichen Verflechtung ablesbare enge Verknüpfung aller osteuropäischen Staaten - mit der bereits beschriebenen Ausnahme Rußlands inklusive seines GUS-Einflußgebietes - mit dem Kernländern der EU, insbesondere mit Deutschland, erhöht zudem die Abhängigkeit von Westeuropa. Eigenständige Entwicklungsoptionen wie nationale Alleingänge oder Ost-Ost-Kooperationen sind vor diesem Hintergrund wenig wahrscheinlich. Außerdem wird jeder solche Versuch mit dem kompletten Instrumentarium liberaler Propaganda als nationalistisch bzw. altkommunistisch diffamiert.

Auch der eventuell eintretende verschärfte Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Zentren Westeuropa, Nordamerika und Ostasien bietet nur bedingt Chancen für osteuropäische Selbständigkeit als Voraussetzung für die Entwicklung eines eigenständigen Akkumulationskreislaufes - zumindest solange es den fortgeschrittensten ökonomischen Kräften im Zentrum gelingt, den Druck der weltweiten Strukturkrise auf die jeweiligen Randgebiete weiterzugeben.

Gegenstrategien zur weiteren Peripherisierung Osteuropas bedürfen jedenfalls des Willens zur Herstellung eines außerhalb der EU funktionierenden Wirtschaftskreislaufes. Ob dies mit und durch eine eigene bürgerliche Mittelschicht oder kollektive (inter)nationale Strukturen in Angriff genommen wird, ist dabei fast schon zweitrangig. Vorderhand ist die Entstehung einer starken Mittelschicht nicht absehbar, und kollektive Lösungsansätze sind innerhalb der Länder Osteuropas seit dem Zusammenbruch des Nomenklatura-Systems nach wie vor verpönt. Daß neues Zutrauen zum kollektiven wirtschaftlichen Aufbau und damit zur Herstellung eines selbständigen Akkumulationskreislaufes gefaßt wird, ist angesichts mancher Wahlergebnisse in osteuropäischen Ländern allerdings nicht für alle Zukunft ausgeschlossen. Die Hoffnung also bleibt.

Anmerkung

1) Wir beschränken uns in diesem Beitrag ausschließlich auf den europäischen Teil des „Ostens“.

Literatur

- Crisis in Mortality, Health and Nutrition. Economic in Transition Studies. Regional Monitoring Report (UNICEF-Studie), 2/94, Florenz.
- Hannes Hofbauer, Von der Entwicklungsdiktatur zur Westintegration; in: BUKO-Arbeitschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.), Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte. Hamburg 1995.
- Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie. Berlin 1930 (1841).
- Mihail Manoilescu, Theorie du protectionisme et de l'échange international. Paris 1929.
- Jenő Szűcs, Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt/Main 1990.
- Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem. Die Anfänge der kapitalistischen Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1986.
- Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, Research Report Nr. 219/ Juli 1995. Wien.

Wenn Sie
an einer
weiteren
Zusendung
der
Streifzüge
interessiert
sind,
verwenden Sie
bitte
den Zahlschein
auf Seite 15
zweck-
entsprechend.
Danke!

Diskussionsabende des Kritischen Kreises

Ort: Amerlinghaus (Raum 3),
Stiftgasse 8, 1070 Wien
Beginn: 19.00 Uhr

Dienstag, 16. April:
Der Wert

(Referate von Franz Schandl und Gerhard Scheit)

Dienstag, 21. Mai:
Arbeiterklasse –

historisches Subjekt?

(Referate von Julius Mende und Gerold Walner)

Dienstag, 18. Juni:
Ungleichzeitigkeit
und Kapitalismus

(Referate von Andrea Komlosy und Christof Parreiter)

Materialien zur Vorbereitung auf die Diskussionen (Texte, Literaturlisten...) werden nach Bedarf von den ReferentInnen beigelegt und den TeilnehmerInnen zugesandt. Wenn Sie an einer Teilnahme und auch Zusendung dieser Materialien – gegen Kostenersatz! – interessiert sind, geben Sie dies bitte rechtzeitig (schriftlich) bekannt: Contact Context, Robert Zöchling, Bergsteiggasse 43/16, 1170 Wien, Fax 40 88 985.



CREDITANSTALT

Kontonummer des Empfängers

0223 05882 00

BLZ - Empfänger

11000

Empfänger Context-Verein f. freie
Studien

Kontonummer des Auftraggebers

Auftraggeber/Einzahler - Name und Anschrift

AUFTRAGSBESTÄTIGUNG

Betrag S

Verwendungszweck

Streifzüge-Abo
& Spende



CREDITANSTALT

Kontonummer des Empfängers

0223 05882 00

BLZ - Empfänger

11000

Empfänger Context-Verein f. freie
Studien

Unterschrift des Auftraggebers bei Verwendung als Überweisungsauftrag

Kontonummer des Auftraggebers

BLZ-Auftrag./Bankverm.

Auftraggeber/Einzahler - Name und Anschrift

ZAHLSCHEIN

Betrag S

Verwendungszweck

Streifzüge-Abo
& Spende

☐ Ich möchte weiterhin die
Streifzüge mit Informatio-
nen des „Kritischen Kreises“
zugeschickt bekommen.

Streifzüge-Abo und Spenden

Die weitere Zustellung der Streifzüge kann nur durch Einzahlung eines Geldbetrages mittels dieses Zahlscheines sichergestellt werden. Die Höhe dieses Betrages stellen wir Ihrer Großzügigkeit anheim. Von dem eingezahlten Betrag gilt ein Teilbetrag von 100,- S als Streifzüge-Abonnement, jeder darüber hinausgehende Betrag gilt als Spende für die Streifzüge und für die Arbeit des Kritischen Kreises.

Zur Deckung der gesamten Kosten der Streifzüge sind wir auf die Bereitschaft der Leserinnen und Leser angewiesen, nach Ihren Möglichkeiten auch höhere Beträge einzuzahlen.

Dankeschön!

Franz Schandl / Gerhard Schattauer

Die Grünen in Österreich

Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft

ISBN 3-85371-103-0, ca. 620 Seiten, br., 498,- öS, umfassende Bibliographie, Promedia-Verlag, Wien 1996

Das vorliegende Buch bietet erstmals einen vollständigen Abriss über die bewegte Geschichte der Ökopartei und ihrer führenden Repräsentantinnen und Repräsentanten. Von den Anfängen des alternativen Lagers bis zur jüngsten Debatte über Regierungseteiligungen im Bund und in den Ländern spannt sich der Bogen. In ihren unterschiedlichsten Facetten wird die Institutionalisierung des parteipolitischen Arms der Ökobewegung beleuchtet. Der Einstieg in die Materie erfolgt zunächst mit einer theoretischen Gesellschaftsanalyse: Bevor es um die Grünen selbst geht, geht es also um den gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmen ihrer Entstehung und Entwicklung.

Einige Einschätzungen über zentrale Bezugspunkte der grünen Ideologie wie ihrer politischen Praxis werden zunächst einmal Verblüffung, wenn nicht gar Kopfschütteln ernten. Es handelt sich jedoch nicht um eine Jubelschrift, die beispielsweise griffige grüne Slogans und Schlagworte propagandistisch auffädeln soll, um die Ökopartei im Bemühen um ein modernes Styling zu unterstützen. Es geht vielmehr darum, gerade die zentralen Postulate des Verständnisses grüner Politik innerhalb wie außerhalb der Partei in ihrer historischen Bedingtheit zu vermitteln, ihre Beschränkungen und Möglichkeiten aufzuzeigen, kurzum, zu erklären, warum es die Grünen gibt, so wie sie sind.

Wozu Streifzüge?

Streifzüge benennen sich unsere ab jetzt unregelmäßig erscheinenden Informationsblätter. Streifzüge sind keine Zeitschrift mit einem ausgefeilten Konzept, sie wollen vielmehr in loser Folge unterschiedlichste Themen in kritischer Form analytisch abhandeln. Streifzüge wollen auf den verschiedensten Gebieten in die Debatte eingreifen bzw. diese anzetteln.

Gleichzeitig haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die spärlichen inhaltlichen und strategischen Debatten im „Linken Dialog“ und darüberhinaus kritisch aufzuarbeiten und zu kommentieren. Im Heftinneren findet sich daher unsere zweite (und sicher nicht letzte) Erklärung.

Die Streifzüge sind Produkte des Kritischen Kreises, der gegenwärtig als Personengruppe existiert und bereits seit einigen Monaten regelmäßige Diskussionsabende und Arbeitstreffen durchführt. Der Kritische Kreis wird sich in den nächsten Wochen als Verein konstituieren. Einstweilen übernimmt dankenswerter Weise der Verein Context die Medieninhaberschaft und Produktion der Streifzüge sowie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs – also auf der Eingangsseite der (hoffentlich reichlichen) Spendenzahlungen und auf der Ausgangsseite etwa der Kosten für Druck und Versand der Streifzüge und der bescheidenen aber doch bereits anfallenden sonstigen Spesen. All das wird nach geglückter Vereinsgründung vom Kritischen Kreis selbst übernommen werden.

In der nächsten Nummer werden wir unseren Verein und unsere Vorhaben genauer vorstellen.

Auch wenn die Streifzüge gratis zugestellt werden, kosten Streifzüge Geld. Um finanzielle Unterstützung wird daher selbstverständlich wie aufdringlich gebeten. Zurückhaltung hilft uns da wenig. Nur Spenden garantieren eine regelmäßige Aus- und Zusage. Der Erlagschein bittet also um Erfüllung. Herzlichen Dank.

Streifzüge

Medieninhaber: Context – Verein für freie Studien und brauchbare Information, Bergsteiggasse 43/16, A-1170 Wien, Telefon 40 36 993, Telefax 40 88 985

Herausgeberin: Context – Initiative für freie Studien und brauchbare Information, Bergsteiggasse 43/16, A-1170 Wien

Herstellerin: Infrastruktur, Gumpendorfer Straße 157/11, A-1060 Wien

P.b.b. – Verlagspostamt 1170 Wien